



Klimaneutralität nur mit gesicherter Versorgung

im Auftrag von Claudia Egli und Dominique Martin,
Verband Schweizer Elektrizitätsunternehmen VSE

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Marco Bürgi: Projektleiter

Sophie Schäfer: Junior Data Scientist

Bern, 03.05.2024

Inhaltsverzeichnis

MANAGEMENT SUMMARY	4
1 BEFUNDE	6
1.1 Energiepolitik.....	6
1.2 Versorgungssicherheit.....	14
1.3 Anlagen zur Stromproduktion.....	24
1.4 Stromabkommen und Marktöffnung.....	31
1.5 Inhaltliche Gruppierung der Stimmberechtigten.....	37
2 SYNTHESE	43
3 ANHANG	45
3.1 Mandat.....	45
3.2 Methodische Details.....	45
3.3 Forschungsplan.....	47
3.4 Grafische Aufbereitung.....	48
3.5 gfs.bern-Team.....	49

Management Summary



Auch 2024 sind die Schweizer:innen mit der Energiepolitik grundsätzlich mehrheitlich zufrieden. Wobei die Zufriedenheitswerte wie letztes Jahr in der italienischsprachigen Schweiz und bei den über 65-jährigen Stimmbürger:innen etwas erhöht sind. Entlang des Parteienspektrums zeigt sich ebenfalls das bekannte Muster: Die höchste Zustimmung genießt die Energiepolitik unter den Anhänger:innen der GLP, der Grünen und der Mitte. Das Mittelfeld bilden die Anhängerschaften der SP und FDP gemeinsam mit den Parteiungebundenen. Wie in den bisherigen Befragungswellen zeigen einzig die Sympathisant:innen der SVP mehrheitliche Unzufriedenheit. Auch die Einschätzungen zu den konkreten Aussagen zur Energiepolitik sind geprägt von hoher Stabilität ohne grössere Verschiebungen gegenüber der letztjährigen Befragung.



Im Trilemma der Stromproduktion zwischen Versorgungssicherheit, bezahlbarem Strompreis und klimaneutraler Stromproduktion bleibt auch 2024 die Sicherstellung der Versorgungssicherheit die häufigste erste Priorität, hat gegenüber letztem Jahr aber etwas an Vorsprung eingebüsst. Die klimaneutrale Energieproduktion sowie der Strompreis werden aktuell von ähnlich vielen Personen als höchste Priorität genannt. Auch 2024 ist die Parteisymphathie der Befragten eine zentrale Variable um die Präferenzen im Trilemma zu erklären. Die Anhänger:innen der Grünen und der SP sowie die Stimmberechtigten ohne klare Parteibindung priorisieren dabei die klimaneutrale Stromproduktion, die Anhängerschaften der GLP und besonders stark der FDP sehen die Versorgungssicherheit an erster Stelle. Im Lager der SVP halten sich der Strompreis und die Versorgungssicherheit die Waage. Im konkreten Umgang bei Konflikten zwischen den drei Aufgaben soll in den drei Aussagen mit der höchsten Zustimmung allerdings jeweils die nachhaltige und klimaneutrale Stromproduktion dem Strompreis, der Verhinderung von Stromausfällen sowie dem Landschaftsschutz untergeordnet werden. Eine knappe Mehrheit der Stimmberechtigten gibt ausserdem an besorgt zu sein, wenn sie an die Versorgungssicherheit in der Zukunft denken, wobei dieser Anteil im rechts-bürgerlichen Lager erhöht ist.



Der Ausbau von Solaranlagen auf Gebäuden und an Fassaden und von Wasserkraft sowie die Förderung der Energieeffizienz und von erneuerbaren Energien in der Schweiz werden fast einstimmig als sinnvoll betrachtet und bleiben aus Sicht der Stimmbevölkerung auch 2024 die wichtigsten Instrumente zur Verhinderung der Strommangellage. Dazu passt, dass wie bereits in den vergangenen Befragungswellen Solaranlagen auf bestehender Infrastruktur sowie auf allen geeigneten Dächern und an Fassaden gänzlich unumstritten sind.



Ob in der Schweiz grundsätzlich wieder über den Neubau von Atomkraftwerken nachgedacht werden soll, spaltet die Schweizer:innen. Insgesamt wären aktuell 49 Prozent damit einverstanden. Auf der linken Seite des politischen Spektrums bis in die Mitte wird die neuerliche Diskussion über Atomkraftwerke klar abgelehnt, während besonders die Anhänger:innen der FDP aber auch diejenigen der SVP mehrheitlich offen für diese Diskussion sind. Auch wenn es in der Frage nach dem Bau von neuen Atomkraftwerken in der Stimmbevölkerung keine klaren Mehrheiten gibt, ist hingegen der Grossteil der Schweizer:innen einverstanden damit, die Laufzeit der heute bestehenden Anlagen möglichst zu maximieren, auch wenn der Bund dafür Geld aufbringen muss.



Die Offenheit für ein Stromabkommen mit der EU hat sich gegenüber dem Vorjahr etwas abgekühlt und wird, sobald für das Abkommen Zugeständnisse gegenüber der EU gemacht werden müssen, nur noch von einer Minderheit der Stimmberechtigten unterstützt. Die Zustimmung zu einem solchen Abkommen mit Kompromissen bleibt aber im links-grünen Lager und der Mitte klar und unter den Anhänger:innen der FDP knapp mehrheitlich. Sehr deutlich abgelehnt wird ein solches Stromabkommen im Lager der SVP und von Stimmberechtigten ohne Parteibindung. Eine mögliche solche Bedingung, die vollständige Öffnung des Strommarkts, würde aktuell von einer knappen Mehrheit unterstützt. Unter der Annahme den Energieversorger frei wählen zu können, gibt allerdings die klare Mehrheit der Schweizer:innen an, zumindest wahrscheinlich bei ihrem aktuellen Stromanbieter zu bleiben.

Befragt wurden 1'004 Stimmberechtigte der Schweiz online oder per Telefon (CATI), die mindestens einer der drei Hauptsprachen mächtig sind. Alle Angaben gelten bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Unsicherheitsbereich von ± 3.1 Prozentpunkten.

1 Befunde

1.1 Energiepolitik

Auch 2024 ist eine stabile Mehrheit der Stimmberechtigten grundsätzlich einverstanden mit der Schweizer Energiepolitik:

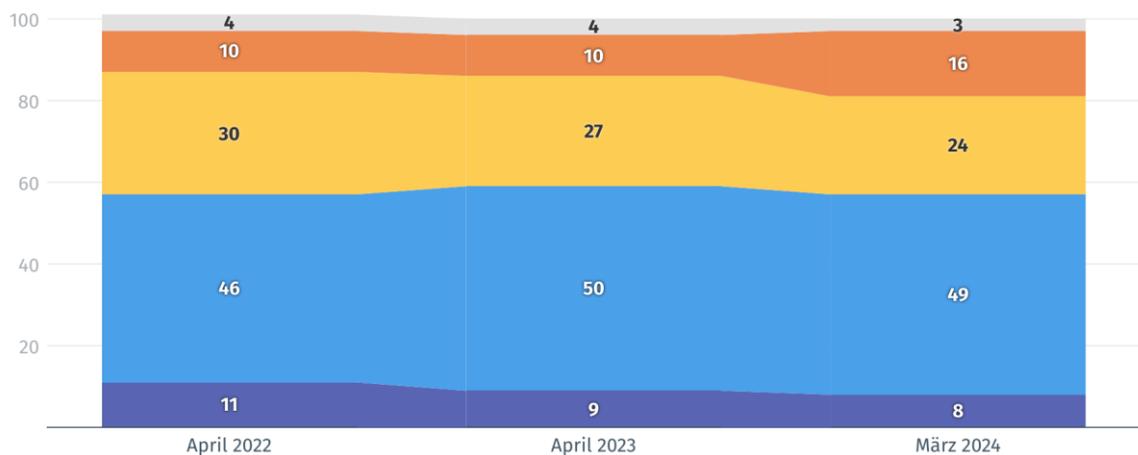
Grafik 1

Trend Einverständnis Energiepolitik Schweiz

Ganz generell: Sind Sie mit der aktuellen Energiepolitik in der Schweiz sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

■ sehr einverstanden ■ eher einverstanden ■ eher nicht einverstanden ■ gar nicht einverstanden ■ weiss nicht / keine Angabe



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N = jeweils ca. 1010)

Insgesamt sagen aktuell 57 Prozent der Befragten, dass sie mit der Energiepolitik eher oder sehr einverstanden sind (-2). So sind auch die 40 Prozent mit zumindest eher kritischer Sicht auf die Energiepolitik unverändert, wobei aktuell etwas mehr Personen gar nicht einverstanden sind (16%, +6).

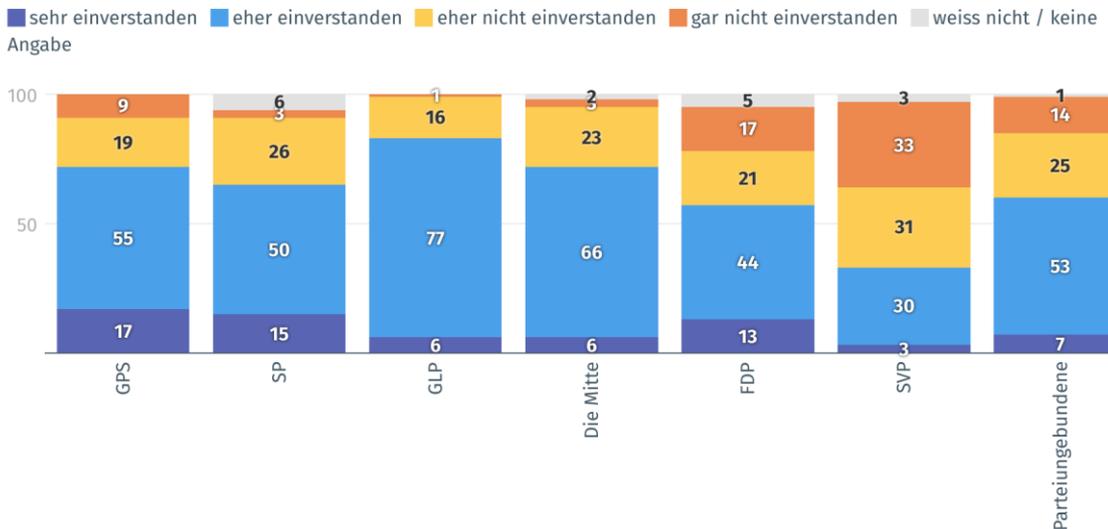
Mit Ausnahme der Anhänger:innen der SVP wird die aktuelle Energiepolitik der Schweiz in allen politischen Lagern positiv gesehen:

Grafik 2

Einverständnis Energiepolitik Schweiz nach Partei

Ganz generell: Sind Sie mit der aktuellen Energiepolitik in der Schweiz sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (n=876), sig., Cramér's V = 0.21

Am höchsten ist das Einverständnis im Lager der GLP (83% sehr/eher einverstanden), gefolgt von der Mitte und den Grünen (je 72%) sowie der SP (65%). Aber auch die Sympathisant:innen der FDP (57%) und Parteiungebundene (60%) sind mit dem aktuellen Weg mehrheitlich einverstanden. Auf Seiten der SVP ist hingegen lediglich jede:r Dritte mit der heutigen Energiepolitik in der Schweiz einverstanden (33%).

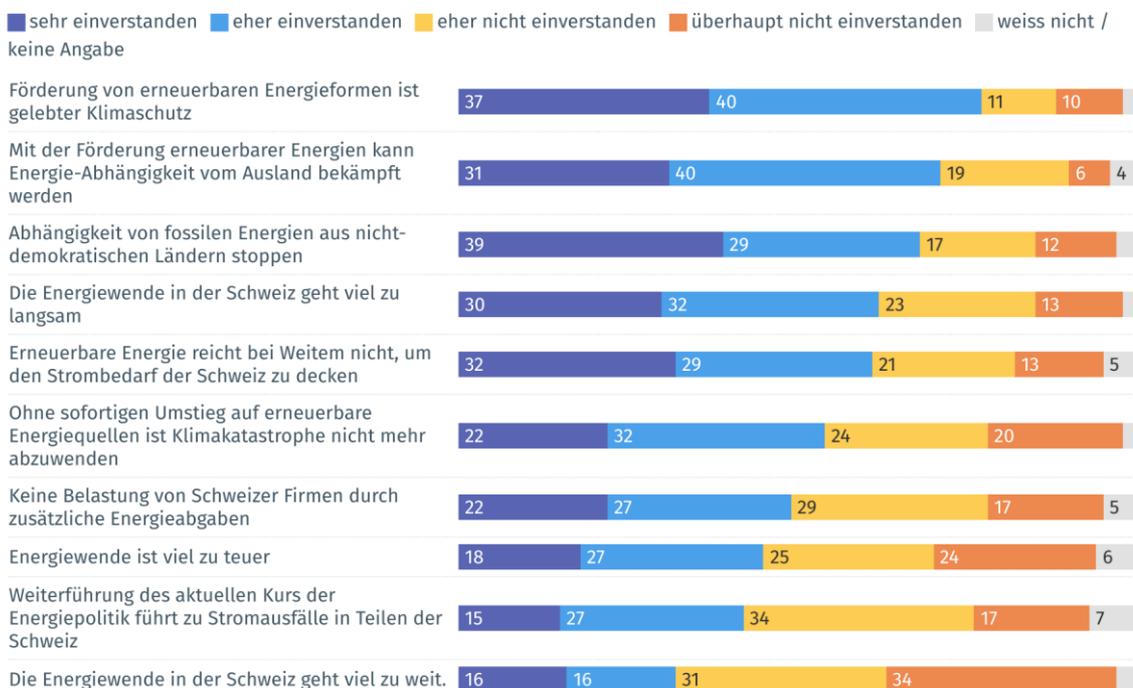
Die Haltung der Schweizer Stimmberechtigten in den abgefragten Aussagen zur Energie- und Klimapolitik ist gegenüber der Vorjahresbefragung insgesamt äusserst stabil. Weiterhin geniesst die Förderung von erneuerbaren Energieformen die höchsten Zustimmungswerte:

Grafik 3

Aussagen Energie- und Klimapolitik

Aktuell wird viel über die richtige Energie- und Klimapolitik in der Schweiz diskutiert. Sie können nun einige Aussagen lesen, die man immer wieder hört. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie damit sehr einverstanden, eher, eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N=1004)

Wie in der letzten Befragung erreichen die Aussagen, die Förderung von erneuerbaren Energieformen ist gelebter Umweltschutz (77% sehr/eher einverstanden, ± 0 Prozentpunkte gegenüber 2023) und, dass damit die Energie-Abhängigkeit vom Ausland bekämpft werden kann (71%, -5) die höchsten Zustimmungswerte. Dazu korrespondiert auch die hohe Zustimmung zum Stoppen der Abhängigkeit von fossilen Energien aus nicht-demokratischen Ländern (68%, -3). Die Energiewende in der Schweiz geht ebenfalls einer klaren Mehrheit der Stimmberechtigten viel zu langsam (62%, -6).

Dass die erneuerbare Energie bei Weitem nicht ausreicht, um den Strombedarf der Schweiz zu decken, finden 61 Prozent (-2) der Stimmbevölkerung, während 54 Prozent (-2) der Meinung sind, dass ohne sofortigen Umstieg auf ebendiese erneuerbaren Energiequellen, die Klimakatastrophe nicht mehr abzuwenden ist.

Die weiteren Aussagen, die allesamt kritisch auf die Energiewende blicken, werden hingegen von weniger als der Hälfte der Schweizer:innen geteilt, wobei immerhin eine relative Mehrheit der Meinung ist, dass Firmen nicht durch zusätzliche Energieabgaben belastet werden sollen (49%, -2). Dass die Energiewende zu teuer ist (45%, ± 0) und, dass die Weiterführung der aktuellen Energiepolitik zu Stromausfällen in Teilen der Schweiz führen wird (42%, -9) überzeugt hingegen nur noch Minderheiten. Noch deutlicher ist

die Ablehnung der Aussage, dass die Energiewende in der Schweiz viel zu weit geht (65% überhaupt/eher nicht einverstanden, -1).

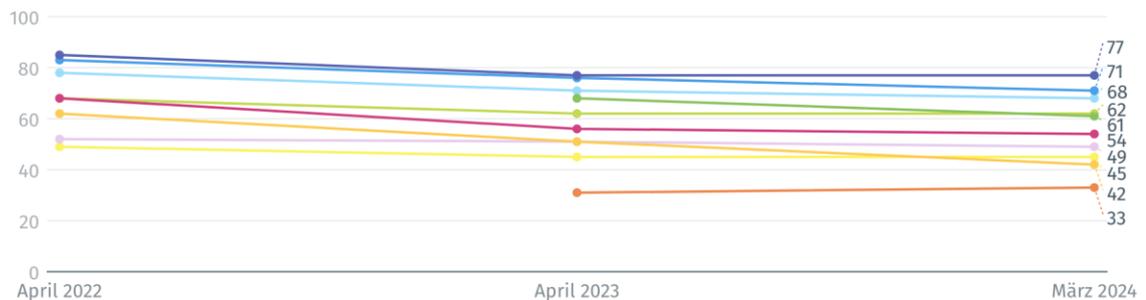
Grafik 4

Trend Aussagen Energie- und Klimapolitik

Aktuell wird viel über die richtige Energie- und Klimapolitik in der Schweiz diskutiert. Sie können nun einige Aussagen lesen, die man immer wieder hört. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie damit sehr einverstanden, eher, eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, Anteil sehr/eher einverstanden

— Förderung von erneuerbaren Energieformen ist gelebter Klimaschutz* — Mit der Förderung erneuerbarer Energien kann Energie-Abhängigkeit vom Ausland bekämpft werden — Abhängigkeit von fossilen Energien aus nicht-demokratischen Ländern stoppen — Erneuerbare Energie reicht bei Weitem nicht, um den Strombedarf der Schweiz zu decken — Die Energiewende in der Schweiz geht viel zu langsam — Ohne sofortigen Umstieg auf erneuerbare Energiequellen ist Klimakatastrophe nicht mehr abzuwenden — Keine Belastung von Schweizer Firmen durch zusätzliche Energieabgaben — Energiewende ist viel zu teuer — Weiterführung des aktuellen Kurs der Energiepolitik führt zu Stromausfälle in Teilen der Schweiz — Die Energiewende in der Schweiz geht viel zu weit.



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N = jeweils ca. 1010), *bis 2023 "Umweltschutz"

Neben der Zustimmung zu den Aussagen rund um die Energie- und Klimapolitik ist auch deren Wirksamkeit auf das Einverständnis mit der aktuellen Energiepolitik ein wichtiges Kriterium zur Identifikation der relevanten Argumente in der Meinungsbildung rund um die Stromversorgung. Mithilfe einer Regressionsanalyse konnten so vier Aussagen, die positiv mit der Einschätzung der Energiepolitik in Verbindung stehen, und zwei, die sich negativ auf diese auswirken, identifiziert werden.

Grafik 5

Einfluss von Argumenten auf das Einverständnis zur Energiepolitik in der Schweiz

Einflussstärke verschiedener Argumente auf die Wahrscheinlichkeit, mit der nationalen Energiepolitik einverstanden zu sein.



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle3, März 2024 (n =1002).
Zusätzliche Kontrollvariablen: Geschlecht, Alter, Sprache, Siedlungsart.
*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01

Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: die verschiedenen Aussagen zur Energiepolitik in der Schweiz) auf eine abhängige Variable (Beurteilung Energiepolitik in der Schweiz). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Zustimmung (blau) oder eher zu Ablehnung (orange) führt. Je weiter oben eine unabhängige Variable aufgeführt ist und je länger der Balken ist, desto grösser ist der Einfluss auf die Beurteilung bezüglich Einverständnis mit der nationalen Energieproduktion. Variablen mit einem grauen Balken, haben keinen statistisch nachweisbaren Einfluss. Die Interpretation dieser linearen Regression geschieht unter der Annahme, dass andere Einflüsse im Modell konstant gehalten werden (ceteris paribus). Auf diese Weise ist es möglich, den isolierten Einfluss der unabhängigen Variablen auf die abhängige zu eruieren. Die Kontrollvariablen (Alter, Geschlecht, Sprache, Siedlungsart) werden im Modell ebenfalls berücksichtigt, um allfällige Verzerrungen durch diese vermeiden zu können.

Die vier Aussagen, die mit einer erhöhten Zufriedenheit mit der Schweizer Energiepolitik in Verbindung stehen, lassen sich in zwei Gruppen einteilen. In der ersten geht es um Klimaschutz durch erneuerbare Energie: Wer der Meinung ist, die Förderung von erneuerbaren Energieformen ist gelebter Klimaschutz und, dass ohne sofortigen Umstieg auf Erneuerbare die Klimakatastrophe nicht mehr aufgehalten werden kann, ist mit erhöhter Wahrscheinlichkeit auch einverstanden mit der Energiepolitik der Schweiz. In der zweiten Gruppe geht es um die Abhängigkeit vom Ausland: Wiederum erhöht sich die Wahrscheinlichkeit die Energiepolitik zu befürworten, wenn man sich durch die Förderung von beziehungsweise durch den Umstieg auf erneuerbare Energien verspricht, die Energie-Abhängigkeit vom Ausland zu senken, sowie die Abhängigkeit von fossilen Energien aus nicht-demokratischen Ländern zu stoppen.

Auf der anderen Seite sind diejenigen Stimmberechtigten eher unzufrieden mit der aktuellen Politik, die der Meinung sind, die Energiewende geht viel zu weit, oder die Weiterführung des eingeschlagenen Kurses führt zu Stromausfällen.

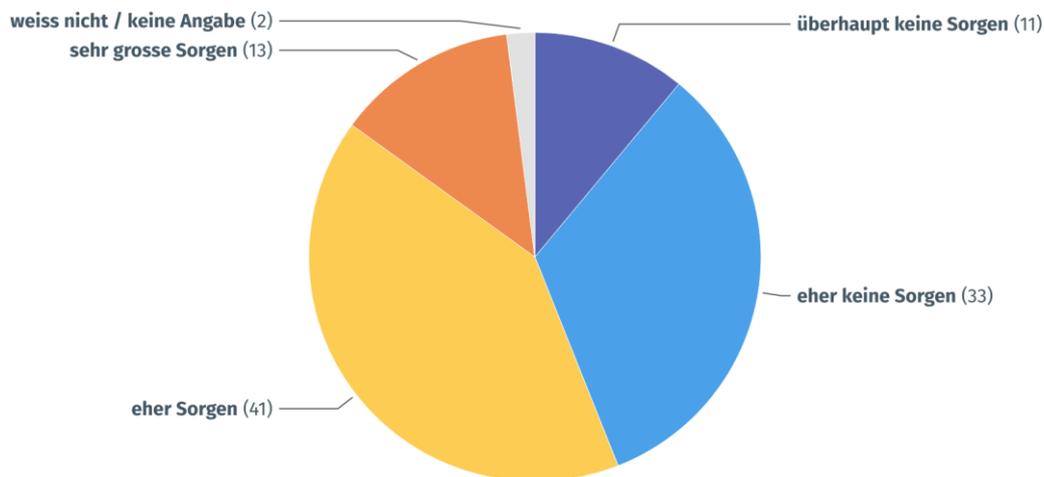
Ob der in der Energiepolitik eingeschlagene Weg zu Problemen in der Versorgungssicherheit in zehn Jahren führt, spaltet die Stimmbevölkerung:

Grafik 6

Versorgungssicherheit in Zukunft

Wenn Sie an die Versorgungssicherheit in zehn Jahren denken. Machen Sie sich mit dem aktuell eingeschlagenen Weg in der Energiepolitik überhaupt keine Sorgen um die Versorgungssicherheit, eher keine Sorgen, eher Sorgen oder sehr grosse Sorgen um die Versorgungssicherheit in zehn Jahren.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N=1004)

Eine knappe Mehrheit der Stimmberechtigten gibt an besorgt zu sein, wenn sie an die Versorgungssicherheit in der Zukunft denken (54% sehr grosse/eher Sorgen). Ihnen stehen 44 Prozent der Befragten gegenüber, die sich hingegen eher oder überhaupt keine Sorgen machen.

Ob man sich Sorgen um die Versorgungssicherheit der Zukunft macht hängt nicht zuletzt mit der Parteipräferenz zusammen und ist insbesondere im rechts-bürgerlichen Lager erhöht: So machen sich jeweils nur Minderheiten der Anhänger:innen der GLP (37% sehr grosse/eher Sorgen), der SP (40%) und der Grünen (48%) Sorgen, während sich die Anhängerschaft der FDP (59%) und noch stärker der SVP (76%) überdurchschnittlich oft Sorgen um die Versorgungssicherheit in zehn Jahren macht. Die Bedenken zur Versorgungssicherheit der Zukunft mit dem eingeschlagenen Weg scheinen somit mindestens teilweise eine Frage der Werthaltung zu sein und sind nicht ausschliesslich auf eine faktische Einschätzung zurückzuführen.

Wer sich um die Versorgungssicherheit in zehn Jahren keine Sorgen macht, begründet dies am häufigsten mit der genügend grossen Stromproduktion in der Schweiz bis in zehn Jahren (62%):

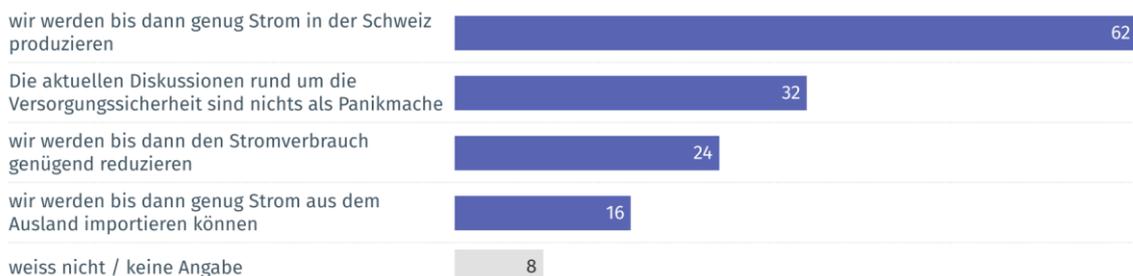
Grafik 7

Begründung keine Sorgen um Versorgungssicherheit in Zukunft

Sie haben angegeben sich keine Sorgen um die Versorgungssicherheit der Schweiz in zehn Jahren zu machen. Was sind die wichtigsten Gründe dafür?

Mehrfachantworten möglich

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, die sich keine Sorgen machen um die Versorgungssicherheit



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (n=462)

Rund ein Drittel der Personen, die sich keine Sorgen machen, hält die aktuellen Diskussionen um die Versorgungssicherheit für Panikmache (32%), und ein Viertel denkt, wir können den Stromverbrauch bis dahin genügend reduzieren (24%). Nur ein kleiner Teil macht sich keine Sorgen um die Versorgungssicherheit in zehn Jahren aufgrund der Stromimporte aus dem Ausland (16%).

Wer sich hingegen Sorgen um die Versorgungssicherheit der Zukunft macht, glaubt meistens nicht, dass in der Schweiz genügend Strom produziert wird (72%):

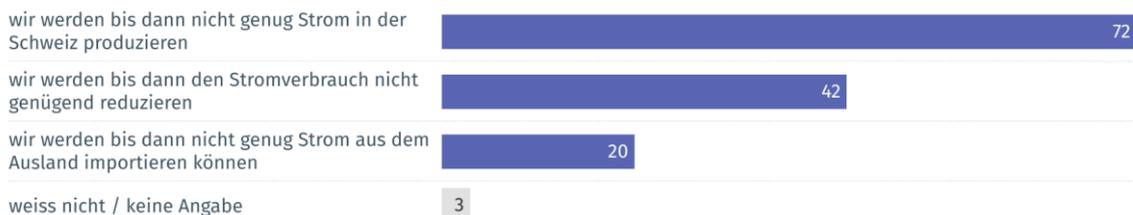
Grafik 8

Begründung Sorgen um Versorgungssicherheit in Zukunft

Sie haben angegeben sich keine Sorgen um die Versorgungssicherheit der Schweiz in zehn Jahren zu machen. Was sind die wichtigsten Gründe dafür?

Mehrfachantworten möglich

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, die sich Sorgen machen um die Versorgungssicherheit



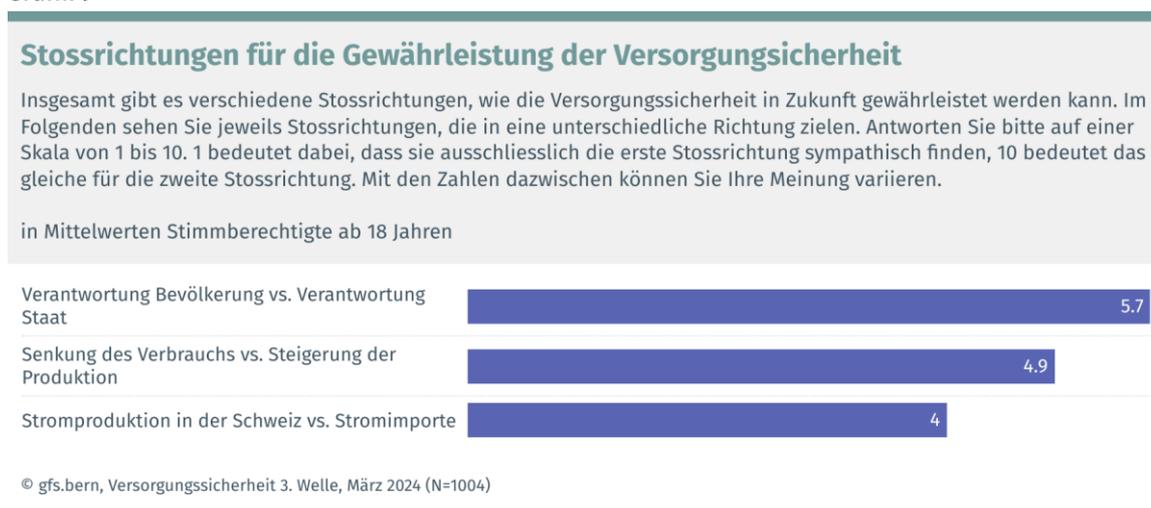
© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (n=523)

42 Prozent nehmen an, dass bis in zehn Jahren der Stromverbrauch nicht genügend reduziert werden kann, um keine Versorgungsprobleme zu haben. Zu wenig aus dem Ausland importierter Strom ist nur für jede fünfte befragte Person unter den Besorgten ausschlaggebend.

Unabhängig von der Sorge um die Versorgungssicherheit in zehn Jahren gibt es unterschiedliche Stossrichtungen, wie die Versorgungssicherheit der Zukunft gewährleistet werden kann.

Dabei zeigt sich, dass die Stimmbevölkerung in der Tendenz den Staat eher in der Verantwortung sieht, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten als die Bevölkerung und dass dabei auf Stromproduktion in der Schweiz gesetzt werden soll. Uneinig sind sich die Schweizer:innen hingegen in der Frage, ob die Versorgungssicherheit vor allem durch die Senkung des Verbrauchs oder durch die Steigerung der Produktion erreicht werden soll.

Grafik 9



Personen unter 40 Jahren (6.4) sowie Anhänger:innen der Grünen (6.9) sehen dabei besonders stark den Staat in der Verantwortung. Weiter wird im Lager der Grünen auch häufiger auf die Senkung des Verbrauchs gesetzt (3.2) während die Anhänger:innen der FDP (5.5) und der SVP (5.6) eher offen für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit durch die Steigerung der Produktion sind. In der Frage nach Stromimporten aus dem Ausland herrscht in der Stimmbevölkerung hingegen Einigkeit.

1.2 Versorgungssicherheit

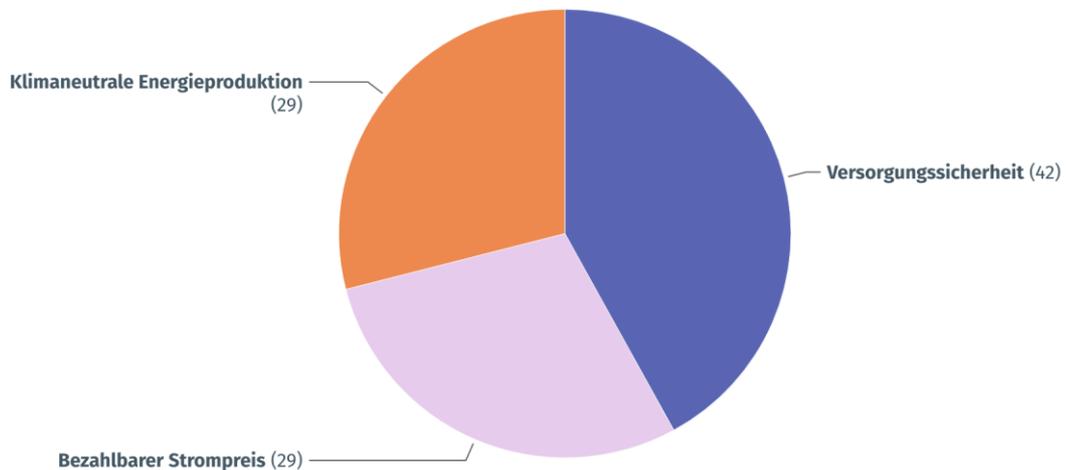
Im Trilemma der Stromproduktion zwischen der Versorgungssicherheit, bezahlbarem Strompreis und der klimaneutralen Stromproduktion bleibt auch 2024 die Sicherstellung der Versorgungssicherheit die häufigste erste Priorität:

Grafik 10

Erste Präferenz

Die Schweizer Stromproduktion hat grundsätzlich drei Aufgaben zu erfüllen. Erstens muss sie die Versorgung der Schweiz mit Strom jederzeit sicherstellen, zweitens muss der Strompreis für Haushalte und die Wirtschaft zahlbar sein und drittens soll die Stromproduktion in der Schweiz im Sinne der Energiewende klimaneutral sein. Die drei Aufgaben sind stark voneinander abhängig und es ist nicht möglich alle drei gleichzeitig ideal zu erfüllen. Wenn Sie selber entscheiden könnten, welche der drei Aufgaben ... Versorgungssicherheit, bezahlbarer Strompreis und klimaneutrale Energieproduktion ... soll aus Ihrer Sicht an erster Stelle stehen? Welche an zweiter Stelle und welche an dritter Stelle?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N=1004)

Im März 2024 geniesst für insgesamt 42 Prozent der Stimmberechtigten die Versorgungssicherheit die höchste Priorität. Das bedeutet ein leichter Rückgang im Vergleich zu den beiden vergangenen Befragungswellen, als jeweils rund die Hälfte die Versorgungssicherheit an erster Stelle nannte (2022: 52%, 2023: 48%). Von den Befragten mit eben diese Versorgungssicherheit als erste Priorität bevorzugt sichtbar die Mehrheit den Strompreis an zweiter Stelle (27%) als die klimaneutrale Stromproduktion (15%). Den bezahlbaren Strompreis und eine klimaneutrale Stromproduktion haben jeweils gleich viele Personen als erste Priorität genannt (je 29%).

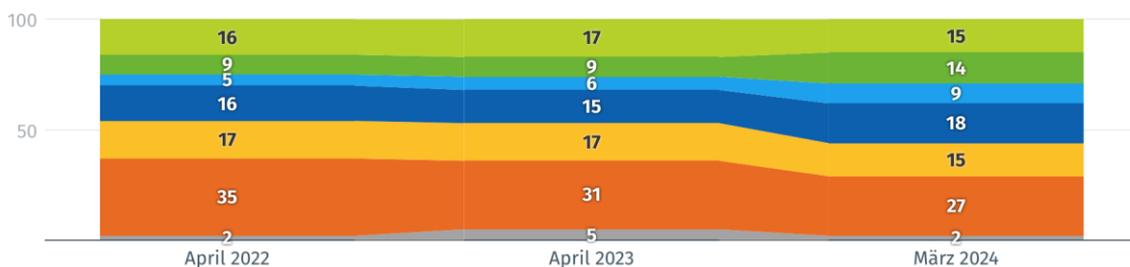
Grafik 11

Trend Gruppierung der Präferenzen

Die Schweizer Stromproduktion hat grundsätzlich drei Aufgaben zu erfüllen. Erstens muss sie die Versorgung der Schweiz mit Strom jederzeit sicherstellen, zweitens muss der Strompreis für Haushalte und die Wirtschaft zahlbar sein und drittens soll die Stromproduktion in der Schweiz im Sinne der Energiewende klimaneutral sein. Die drei Aufgaben sind stark voneinander abhängig und es ist nicht möglich alle drei gleichzeitig ideal zu erfüllen. Wenn Sie selber entscheiden könnten, welche der drei Aufgaben ... Versorgungssicherheit, bezahlbarer Strompreis und klimaneutrale Energieproduktion ... soll aus Ihrer Sicht an erster Stelle stehen? Welche an zweiter Stelle und welche an dritter Stelle?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

■ weiss nicht/keine Antwort ■ Versorgungssicherheit, Bezahlbarer Strompreis, Klimaneutrale Energieproduktion
 ■ Versorgungssicherheit, Klimaneutrale Energieproduktion, Bezahlbarer Strompreis ■ Bezahlbarer Strompreis, Versorgungssicherheit, Klimaneutrale Energieproduktion
 ■ Bezahlbarer Strompreis, Klimaneutrale Energieproduktion, Versorgungssicherheit ■ Klimaneutrale Energieproduktion, Bezahlbarer Strompreis, Versorgungssicherheit
 ■ Klimaneutrale Energieproduktion, Versorgungssicherheit, Bezahlbarer Strompreis



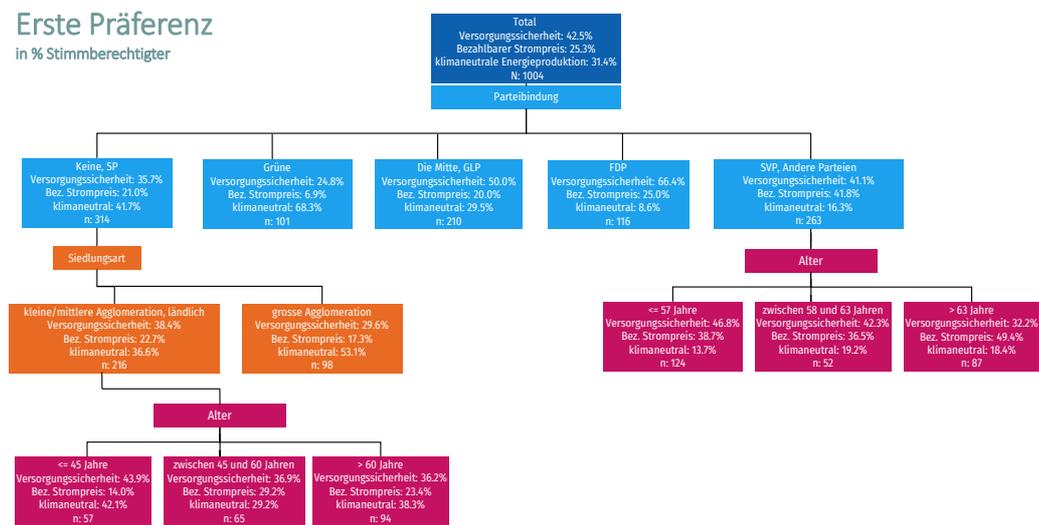
© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N = jeweils ca. 1010)

Auch 2024 ist die Parteisympathie der Befragten eine zentrale Variable um die Präferenzen im Trilemma zu erklären:

Grafik 12

Erste Präferenz

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 3, März 2024

Die Anhänger:innen der Grünen und der SP sowie die Stimmberechtigten ohne klare Parteibindung priorisieren als einzige nicht mehrheitlich die Versorgungssicherheit, sondern sehen am häufigsten die klimaneutrale Stromproduktion an erster Stelle. Am höchsten ist dieser Wert wie letztes Jahr mit über zwei Dritteln bei der Anhängerschaft

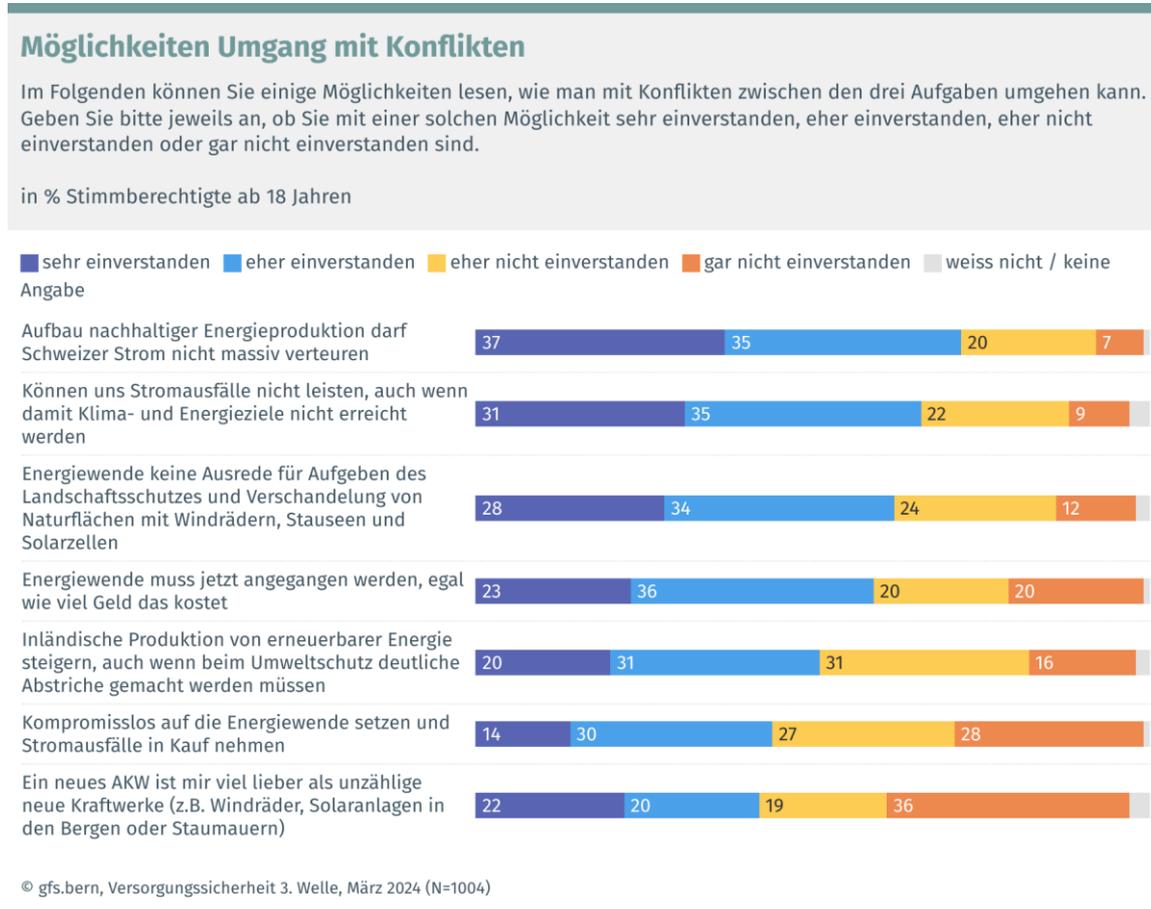
der Grünen. Verglichen mit den Grünen spielt im Lager der SP der Strompreis und die Versorgungssicherheit jeweils eine grössere Rolle. Unter Stimmberechtigten, die der SP oder keiner Partei nahe stehen, spielt zusätzlich auch die Siedlungsdichte eine zentrale Rolle: Für Personen dieser Gruppe, die in grossen Städten wohnen, ist besonders häufig die klimaneutrale Stromproduktion die erste Priorität.

Im Lager der Mitte und der GLP priorisieren jeweils rund die Hälfte die Versorgungssicherheit, was verglichen mit dem nationalen Schnitt etwas erhöht ist, während der Strompreis hier etwas weniger häufig genannt wird. Noch deutlicher an erster Stelle steht die Versorgungssicherheit bei der Anhängerschaft der FDP, wo sie von circa zwei Dritteln an erster Stelle gesehen wird. Hier wird hingegen die Klimaneutralität praktisch von niemanden als erste Priorität genannt.

Stimmberechtigte, die der SVP nahe stehen, priorisieren verglichen mit den anderen politischen Lagern häufiger die Strompreise, wobei dies unter älteren Stimmberechtigten dieser Gruppe besonders ausgeprägt ist.

Bezogen auf die Vorgehensweise wie mit den Konflikten zwischen den drei Aufgaben der Stromproduktion umgegangen werden soll, zeigt sich ein klares Muster: So soll in den drei Aussagen mit der höchsten Zustimmung jeweils die nachhaltige und klimaneutrale Stromproduktion dem Strompreis, der Verhinderung von Stromausfällen sowie dem Landschaftsschutz untergeordnet werden. Somit erreichen die gleichen drei Aussagen die höchste Zustimmung wie letztes Jahr.

Grafik 13



Fast drei Viertel der Stimmbevölkerung sind der Meinung, der Aufbau nachhaltiger Energieproduktion darf den Strom nicht massiv verteuern (72% sehr/eher einverstanden; -4 Prozentpunkte). Dass wir uns Stromausfälle nicht leisten können, auch wenn dies auf Kosten der Klima- und Energieziele geschieht (66%, +5) sowie, dass für die Energiewende nicht der Landschaftsschutz aufgegeben werden darf (62%, -1) sind zwei Aussagen die klare Mehrheiten der Schweizer:innen zu überzeugen vermögen.

Gerade bezüglich des Preises und des Umweltschutzes sind die Prioritäten nicht ganz klar: So werden ein schnelles Angehen der Energiewende unabhängig der Kosten, (59%, -1) sowie die Steigerung der inländischen erneuerbaren Energie, auch wenn Abstriche im Umweltschutz dazu nötig sind (51%, -8) ebenfalls mehrheitlich unterstützt.

Nur eine (wenn auch gewichtige) Minderheit wäre hingegen bereit, für eine kompromisslose Umsetzung der Energiewende Stromausfälle in Kauf zu nehmen (55% eher/gar nicht einverstanden, +1), und auch die Aussage, dass man ein neues Atomkraftwerk gegenüber vielen anderen neuen Kraftwerken bevorzugt (55%, -7), wird mehrheitlich verworfen, wobei die Ablehnung gegenüber letztem Jahr etwas rückläufig ist.

1.2.1 Massnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Der Ausbau von Solaranlagen auf Gebäuden und Fassaden (92% sehr/eher sinnvoll, -5 Prozentpunkte gegenüber 2023) und von Wasserkraft (90%, +1) sowie die Förderung der Energieeffizienz (90%, -4) und von erneuerbaren Energien in der Schweiz (90%, -4) werden fast einstimmig als sinnvoll betrachtet.

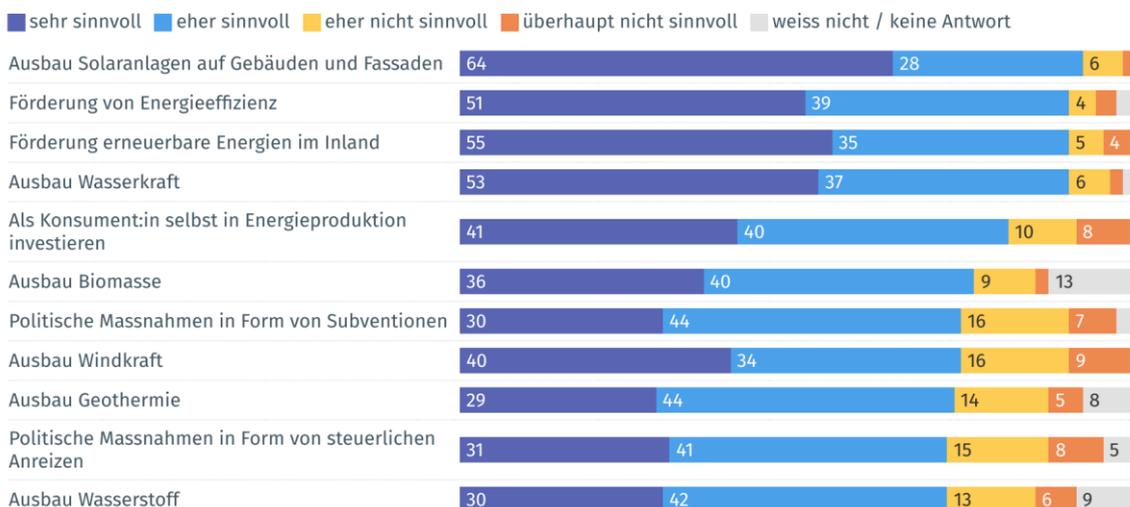
Das Investieren in die Energieproduktion der Konsument:innen selber (81%, -8) finden rund vier von fünf Stimmberechtigten sinnvoll. Politische Massnahmen sowohl in Form von Subventionen (74%, -8) als auch in Form von steuerlichen Anreizen (72%, -9) haben etwas an Zustimmung verloren. Jeweils etwa drei von vier Befragten sehen den Ausbau der Energieproduktion mittels Biomasse (76%, -5), Windkraft (74%, -2), Geothermie (73%, -2) und Wasserstoff (72%, ±0) als sinnvolle Massnahmen an, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz langfristig zu gewährleisten.

Grafik 14

Politische Massnahmen gegen Strommangellage (1/2)

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz langfristig zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll Sie die folgenden Massnahmen zur Verhinderung einer Strommangellage halten.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N=1004)

Lenkungsabgaben mit Rückerstattung an die Sparsamen (68% sehr/eher sinnvoll, +5) sowie der Ausbau von Solaranlagen in den Bergen (61%, +7) werden aktuell als sinnvoller betrachtet als dies noch vor einem Jahr der Fall war, während die Sicht auf die Einschränkung von Beschwerdemöglichkeiten gegen Bauvorhaben im Energiebereich (59%, -10) etwas kritischer wurde.

Der Bau von Atomkraftwerken hat insgesamt gegenüber 2023 als Massnahme gegen Strommangellagen etwas an Unterstützung zulegen können. Neu wird knapp mehrheitlich der Bau von Kraftwerken der neusten Generation (52%, +9) als sinnvoll gesehen, während der Bau von Atomkraftwerken der aktuellen Generation (40%, +6) aber weiterhin nur von einer Minderheit als sinnvoll erachtet wird.

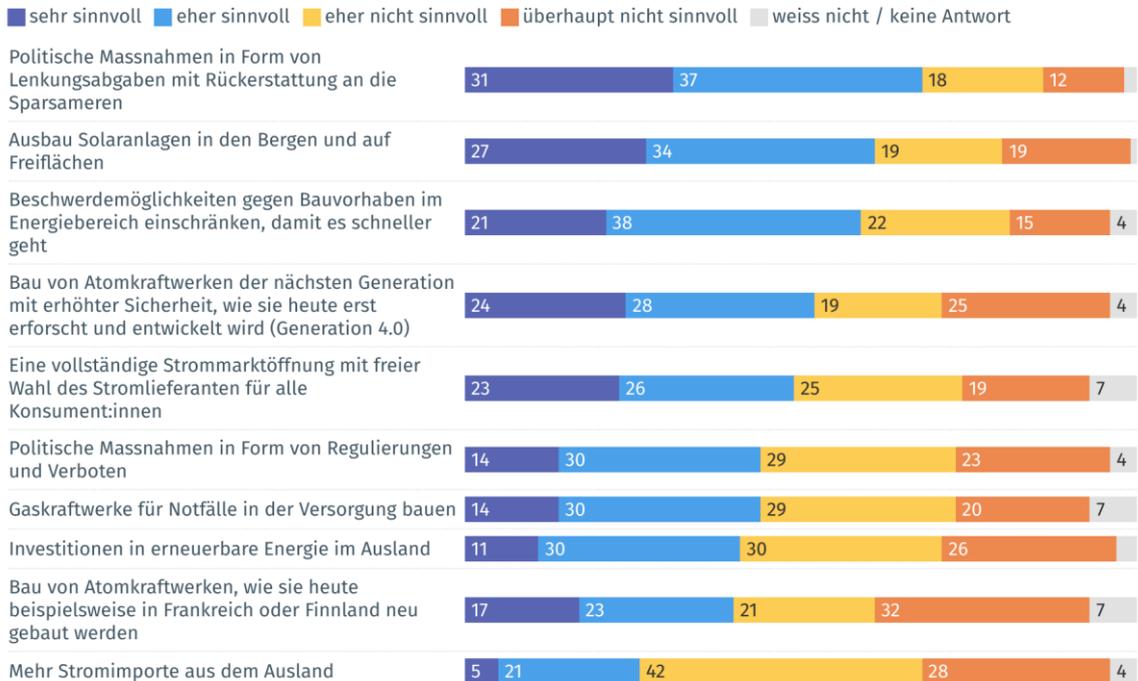
Eine vollständige Strommarktöffnung (49%, -3) sowie Gaskraftwerke für den Notfall (44%, -7) vermögen aktuell knapp keine Mehrheiten davon zu überzeugen, dass sie sinnvoll sind. Regulierungen und Verbote (44%, ±0) und Investitionen in erneuerbare Energien im Ausland (41%, +2) sind 2024 wie bisher nicht mehrheitsfähig. Die Steigerung der Stromimporte aus dem Ausland wird ebenfalls unverändert sehr deutlich abgelehnt (70% eher/überhaupt nicht sinnvoll, -9).

Grafik 15

Politische Massnahmen gegen Strommangellage (2/2)

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz langfristig zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll Sie die folgenden Massnahmen zur Verhinderung einer Strommangellage halten.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N=1004)

Die politischen Massnahmen werden in den verschiedenen Parteilagern durchaus unterschiedlich bewertet. Der Ausbau von Solaranlagen und bei der Wasserkraft sowie die Förderung der Energieeffizienz und von erneuerbaren Energien im Inland werden in sämtlichen Parteilagern von über 80 Prozent als sinnvoll erachtet, wobei die Werte unter den Anhänger:innen der SVP sichtbar tiefer sind als im Rest der Stimmbevölkerung.

Grafik 16

Politische Massnahmen gegen Strommangellage nach Partei (1/2)

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz langfristig zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll Sie die folgenden Massnahmen zur Verhinderung einer Strommangellage halten.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, Anteil sehr/eher sinnvoll



Massnahme	Total	GPS	SP	GLP	Die Mitte	FDP	SVP	Partei-ungebundene
Ausbau Solaranlagen auf Gebäuden und Fassaden	92	94	96	98	99	96	84	88
Ausbau Wasserkraft	91	83	93	91	97	87	93	88
Förderung von Energieeffizienz	90	98	95	91	96	89	89	82
Förderung erneuerbare Energien im Inland	90	97	96	89	94	89	83	92
Als Konsument:in selbst in Energieproduktion investieren	82	99	85	90	81	86	72	76
Ausbau Biomasse	76	79	78	89	81	81	75	68
Politische Massnahmen in Form von Subventionen	74	74	87	76	77	68	65	80
Ausbau Windkraft	74	91	94	97	86	65	57	66
Ausbau Geothermie	73	85	76	84	72	79	72	66
Politische Massnahmen in Form von steuerlichen Anreizen	72	82	77	85	80	81	55	71
Ausbau Wasserstoff	72	61	73	66	75	70	81	68

© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (n=876)

Investitionen durch Konsument:innen selber in die Energieproduktion werden zwar überall als sinnvoll gesehen, stossen aber im links-grünen Lager auf besonders hohen Support.

Der Ausbau bei der Windkraft wird von den Sympathisant:innen der FDP und der SVP sichtbar kritischer (aber dennoch mehrheitlich sinnvoll) gesehen, Gleiches gilt für Subventionen, die insbesondere im Lager der SP besonders positiv dastehen. Steuerliche Anreize werden hingegen bis auf die Anhänger:innen der SVP im gesamten politischen Spektrum als sinnvoll erachtet, während eben diese Anhänger:innen der SVP dafür den Ausbau von Wasserstoff überdurchschnittlich oft als sinnvolle Massnahme erachten.

Einig ist sich die Stimmbevölkerung in der Ablehnung von Stromimporten aus dem Ausland. Ansonsten zeigt sich ein mehr oder weniger stark ausgeprägter Graben zwischen

der FDP und der SVP auf der einen, und den übrigen Parteien auf der anderen Seite. So sind Regulierungen und Verbote sowie Investitionen in erneuerbare Energien im Ausland bis in die Mitte mehrheitsfähig, und auch Lenkungsabgaben werden lediglich in der SVP abgelehnt. Gaskraftwerke und besonders Atomkraftwerke (aktuelle und nächste Generation) werden hingegen im Lager der FDP und der SVP mehrheitlich als sinnvoll gesehen.

Grafik 17

Politische Massnahmen gegen Strommangellage nach Partei (2/2)

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz langfristig zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll Sie die folgenden Massnahmen zur Verhinderung einer Strommangellage halten.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, Anteil sehr/eher sinnvoll



Massnahme	Total	GPS	SP	GLP	Die Mitte	FDP	SVP	Partei-ungebundene
Politische Massnahmen in Form von Lenkungsabgaben mit Rückerstattung an die Sparsameren	68	96	84	92	76	69	48	55
Ausbau Solaranlagen in den Bergen und auf Freiflächen	60	53	68	70	79	75	45	55
Beschwerdemöglichkeiten gegen Bauvorhaben im Energiebereich einschränken, damit es schneller geht	59	53	57	67	77	69	50	53
Bau von Atomkraftwerken der nächsten Generation mit erhöhter Sicherheit, wie sie heute erst erforscht und entwickelt wird (Generation 4.0)	52	18	29	31	43	79	73	56
Eine vollständige Strommarktöffnung mit freier Wahl des Stromlieferanten für alle Konsument:innen	49	23	39	62	59	50	49	57
Politische Massnahmen in Form von Regulierungen und Verboten	44	69	58	60	54	38	34	26
Gaskraftwerke für Notfälle in der Versorgung bauen	44	24	38	49	40	50	53	45
Investitionen in erneuerbare Energie im Ausland	41	57	63	64	50	32	29	36
Bau von Atomkraftwerken, wie sie heute beispielsweise in Frankreich oder Finnland neu gebaut werden	40	8	18	14	30	72	62	38
Mehr Stromimporte aus dem Ausland	26	19	31	31	25	19	34	27

© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (n=876)

Ein etwas eigenes Muster zeigt sich für den Abbau von Beschwerdemöglichkeiten. Er genießt zwar überall zumindest knapp mehrheitliche Zustimmung, wird aber insbesondere von der Mitte und etwas schwächer von GLP und FDP überdurchschnittlich positiv gesehen. Und auch der Ausbau von Solaranlagen in den Bergen hat eine eigene Dynamik und wird neben der SVP auch von den Grünen sichtbar kritischer als im Rest der Stimmbürgerbevölkerung betrachtet.

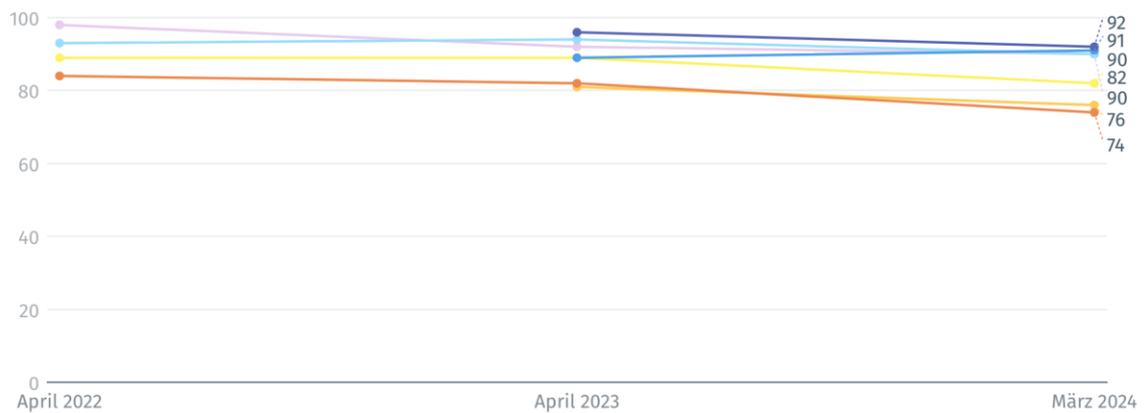
Grafik 18

Trend Politische Massnahmen gegen Strommangel (1/3)

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz langfristig zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll Sie die folgenden Massnahmen zur Verhinderung einer Strommangel halten.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, Anteil sehr/eher sinnvoll

— Ausbau Solaranlagen auf Gebäuden und Fassaden — Ausbau Wasserkraft — Förderung von Energieeffizienz — Förderung erneuerbare Energien im Inland — Als Konsument:in selbst in Energieproduktion investieren — Ausbau Biomasse — Politische Massnahmen in Form von Subventionen



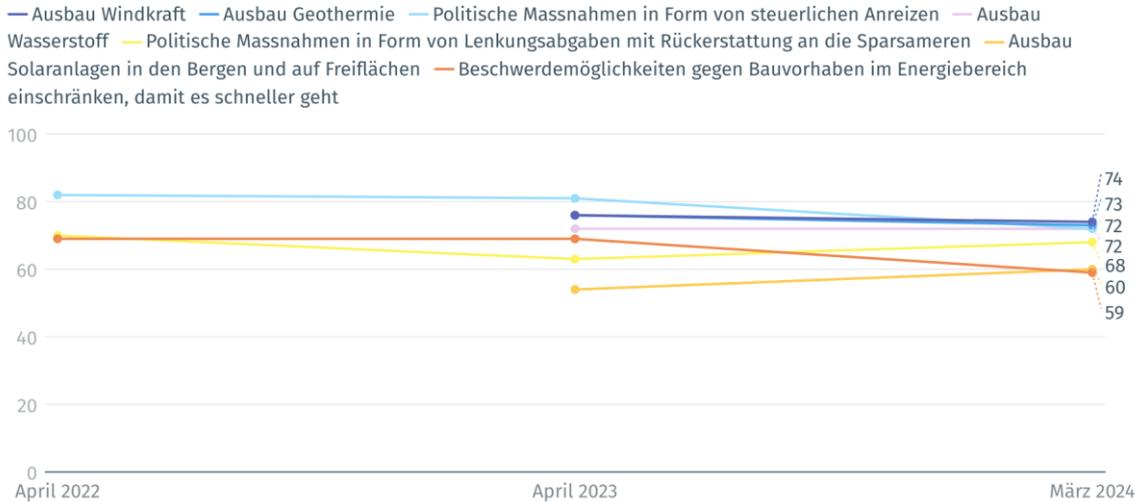
© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N = jeweils ca. 1010)

Grafik 19

Trend Politische Massnahmen gegen Strommangellage (2/3)

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz langfristig zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll Sie die folgenden Massnahmen zur Verhinderung einer Strommangellage halten.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, Anteil sehr/eher sinnvoll



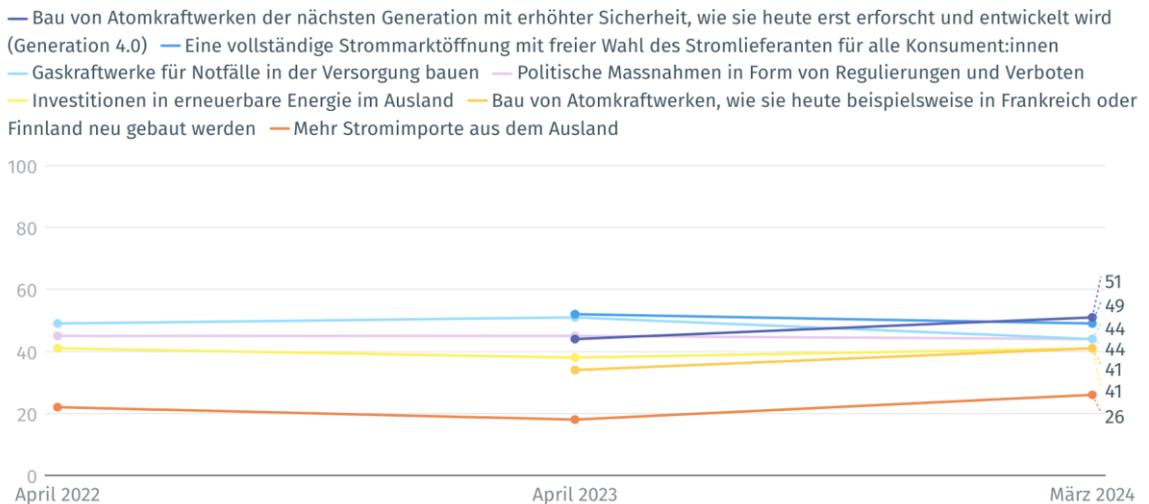
© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N = jeweils ca. 1010)

Grafik 20

Trend Politische Massnahmen gegen Strommangellage (3/3)

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz langfristig zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll Sie die folgenden Massnahmen zur Verhinderung einer Strommangellage halten.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, Anteil sehr/eher sinnvoll



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N = jeweils ca. 1010)

1.3 Anlagen zur Stromproduktion

Insgesamt bleibt die Beurteilung der Standorte von neuen Anlagen zur Stromproduktion über die Zeit recht stabil. Wie bereits in den vergangenen Befragungswellen sind Solaranlagen auf bestehender Infrastruktur (95% sehr/eher einverstanden, -3) sowie auf allen geeigneten Dächern und Fassaden (89%, -7) gänzlich unumstritten. Auch mit Stauseen wo früher Gletscher waren (73%, +2) sind weiterhin grosse Mehrheiten einverstanden.

Gestiegen ist die Zustimmung zu Anlagen die direkter in die Natur gebaut werden: So sind 2024 60 Prozent (+4) der Befragten einverstanden mit Windrädern auf Hügeln, die vom eigenen Balkon aus sichtbar sind, und neu ist mit 50 Prozent (+6) auch eine minimale Mehrheit mit grossen Solaranlagen auf freien Wiesen in den Bergen einverstanden. Gesunken ist hingegen die Zustimmung zu einem Gaskraftwerk im Umkreis von 10 Kilometern vom eigenen Wohnort (37%, -10). Gaskraftwerke in der eigenen nahen Umgebung sind somit die einzigen Anlagen, mit denen eine Mehrheit der Stimmberechtigten nicht einverstanden sind (58% eher/gar nicht einverstanden, +10).

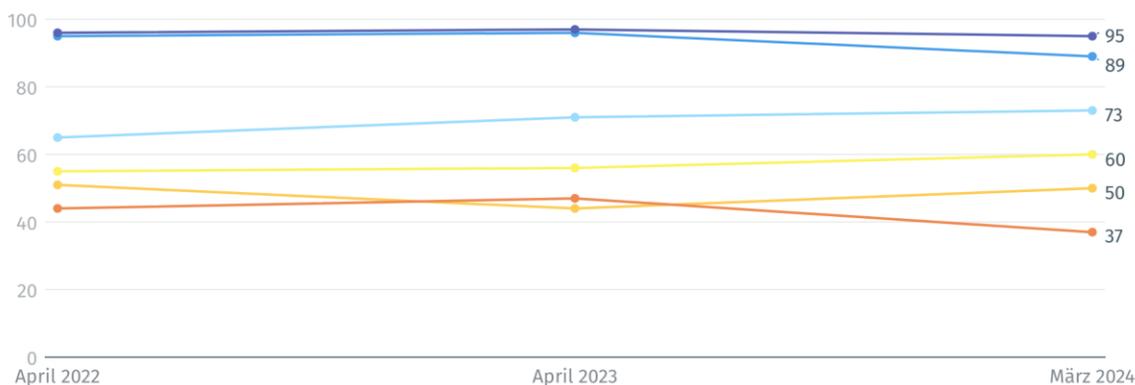
Grafik 21

Trend Standort von neuen Anlagen zur Stromproduktion

Grund für Diskussionen sind auch immer wieder die Standorte von neuen Anlagen zur Stromproduktion. Sie können nun unterschiedliche Möglichkeiten lesen, wo solche Anlagen stehen können. Geben Sie jeweils an, ob Sie mit einem solchen Standort sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, Anteil sehr/eher einverstanden

— Grosse Solaranlagen auf bestehender Infrastruktur, wie Autobahnen, Staumauern — Solaranlagen auf allen geeigneten Dächer und Fassaden — Neuer Stausee, wo früher ein Gletscher war — Windräder auf dem Hügel vor dem eigenen Haus, die man vom Balkon aus sieht — Grosse Anlage für Solarstrom in den Bergen auf freien Wiesen — Gaskraftwerk 10 Kilometer vom eigenen Wohnort entfernt



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N = jeweils ca. 1010)

1.3.1 Atomkraftwerke

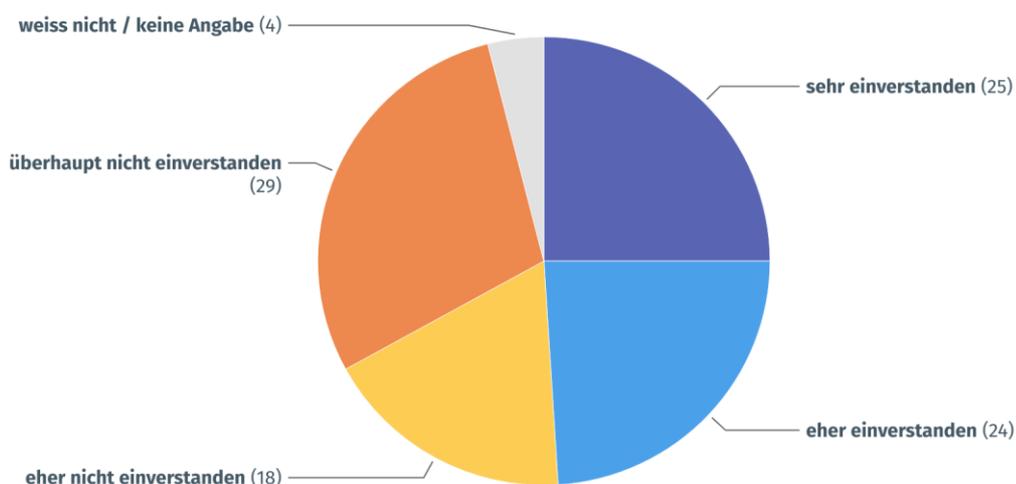
Ob in der Schweiz grundsätzlich wieder über den Neubau von Atomkraftwerken nachgedacht werden soll, spaltet die Schweizer:innen:

Grafik 22

Einverständnis mit Diskussion über Neubau von Atomkraftwerken

Ganz spontan: Sind Sie grundsätzlich damit einverstanden, dass in der Schweiz wieder über den Neubau von Atomkraftwerken nachgedacht wird?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N=1004)

Insgesamt sind 49 Prozent der Stimmberechtigten eher oder sehr damit einverstanden, dass die Diskussion über den Neubau von Kernkraftwerken wieder geführt wird. Ihnen gegenüber stehen 47 Prozent, die nicht damit einverstanden sind.

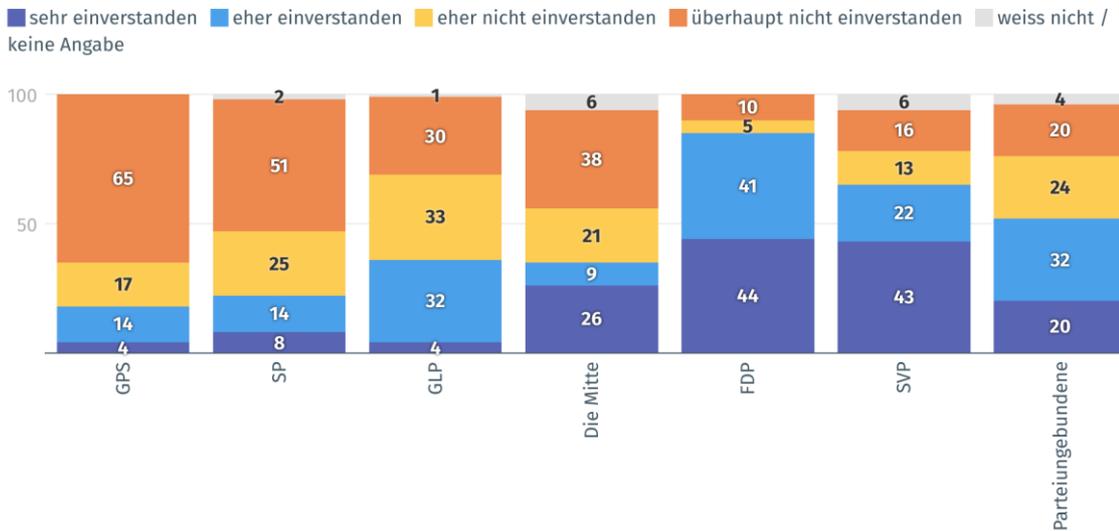
Anhand der Parteisympathie lässt sich die Haltung zur Diskussion über den Neubau von Atomkraftwerken sehr gut erklären:

Grafik 23

Einverständnis mit Diskussion über Neubau von Atomkraftwerken nach Partei

Ganz spontan: Sind Sie grundsätzlich damit einverstanden, dass in der Schweiz wieder über den Neubau von Atomkraftwerken nachgedacht wird?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (n=876), sig., Cramér's V = 0.28

Auf der linken Seite des politischen Spektrums (Grüne 82% überhaupt nicht/eher nicht einverstanden, SP 76%, GLP 63%) bis in die Mitte (59%) wird die neuerliche Diskussion über Atomkraftwerke klar abgelehnt. Besonders hoch ist die Zustimmung zu dieser Diskussion in der Anhängerschaft der FDP (85% sehr/eher einverstanden) und auch deutlich mehrheitlich in derjenigen der SVP (65%). Parteiungebundene sind in dieser Frage noch gespalten (52% sehr/eher einverstanden).

Junge verhalten sich in der Tendenz etwas kritischer bezüglich der Diskussion über neue Atomkraftwerke:

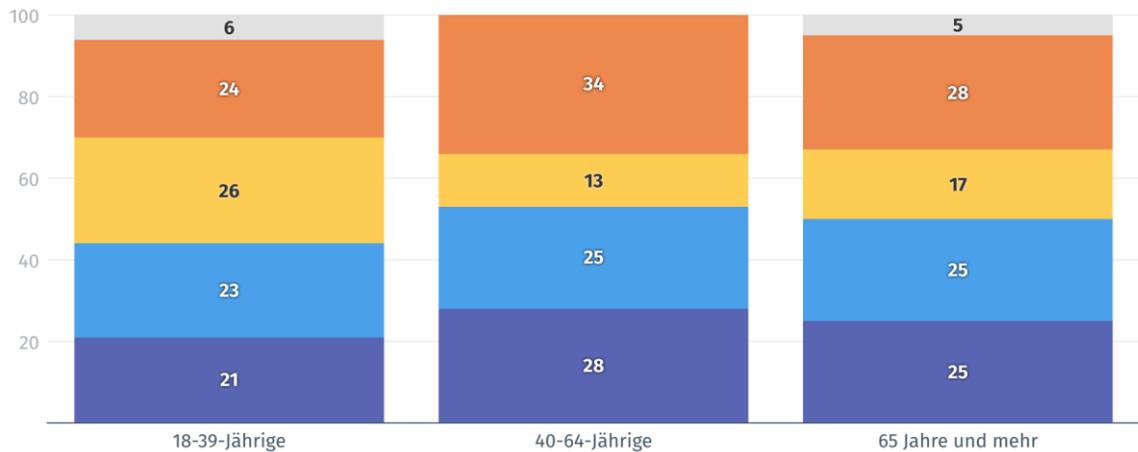
Grafik 24

Einverständnis mit Diskussion über Neubau von Atomkraftwerken nach Alter

Ganz spontan: Sind Sie grundsätzlich damit einverstanden, dass in der Schweiz wieder über den Neubau von Atomkraftwerken nachgedacht wird?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

■ sehr einverstanden ■ eher einverstanden ■ eher nicht einverstanden ■ überhaupt nicht einverstanden ■ weiss nicht / keine Angabe



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N=1004), sig., Cramér's V = 0.14

Nur eine Minderheit der Stimmberechtigten unter 40 Jahren befürwortet die erneute Diskussion über den Neubau von AKWs (44% sehr/eher einverstanden). Die restliche ältere Stimmbevölkerung ist hingegen knapp dafür.

Männer sind einer Diskussion gegenüber deutlich positiver gestimmt und befürworten sie mehrheitlich:

Grafik 25

Einverständnis mit Diskussion über Neubau von Atomkraftwerken nach Geschlecht

Ganz spontan: Sind Sie grundsätzlich damit einverstanden, dass in der Schweiz wieder über den Neubau von Atomkraftwerken nachgedacht wird?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

■ sehr einverstanden ■ eher einverstanden ■ eher nicht einverstanden ■ überhaupt nicht einverstanden ■ weiss nicht / keine Angabe



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (n=1002), sig., Cramér's V = 0.26

Insgesamt befürworten 60 Prozent der Männer die Diskussion zu neuen AKWs während lediglich 39 Prozent der Frauen damit einverstanden sind.

Fast die Hälfte der Personen, die gegen eine neuerliche Diskussion über den Neubau von Atomkraftwerken sind, lehnen solche Neubauten in der Schweiz grundsätzlich ab (45%). Für die anderen steht die Frage der Lagerung der nuklearen Abfälle im Zentrum. 44 Prozent geben nämlich an, dass neue Atomkraftwerke in der Schweiz nur in Frage kommen, wenn das Entsorgungsproblem gelöst ist., Für gut ein Viertel ist die Senkung des Risikos von nuklearen Unfällen eine notwendige Bedingung (26%), und weitere 6 Prozent haben andere Änderungen genannt, die erfüllt sein müssen, bevor aus ihrer Sicht wieder neu Atomkraftwerke in Frage kommen.

Grafik 26

Notwendige Änderungen für Befürwortung von Atomkraftwerken

Sie haben angegeben, gegen den Neubau von Atomkraftwerken zu sein. Was müsste sich ändern, damit für Sie neue Atomkraftwerke trotzdem in Frage kommen würden?

Mehrfachantworten möglich

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, die mit dem Neubau von Atomkraftwerken nicht einverstanden sind



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (n=545)

Obwohl es in der Frage nach dem Bau von neuen Atomkraftwerken in der Stimmbevölkerung keine klaren Mehrheiten gibt, ist hingegen der Grossteil der Schweizer:innen einverstanden damit, die Laufzeit der heute bestehenden Anlagen möglichst zu maximieren, auch wenn der Bund dafür Geld aufbringen muss (71% sehr/eher einverstanden). Auch dass es Technologieoffenheit braucht, zu der auch die nukleare Energie gehört, vermag eine Mehrheit zu überzeugen (56%). Gleichzeitig sagen allerdings auch 60 Prozent der Stimmberechtigten, dass jetzt die Diskussion über AKW wieder zu starten den Volkswillen missachtet, da die Stimmbevölkerung 2017 entschieden hat, aus der Atomenergie auszusteigen.

Unklar ist aus Sicht der Stimmberechtigten auch der Zusammenhang zwischen nuklearer Energie und den erneuerbaren Energien: So sind jeweils knappe Mehrheiten der Stimmberechtigten sowohl der Ansicht, die Diskussion über neue AKWs sei ein Bremsklotz für den Ausbau erneuerbarer Energien (53%) als auch einverstanden damit, dass – falls es mit den erneuerbaren Energien nicht vorwärts geht – wieder ernsthaft über neue AKWs diskutiert werden muss (52%).

Grafik 27

Aussagen Atomenergie

In letzter Zeit ist in der Energiediskussion wieder vermehrt die Atomenergie als mögliche Lösung für Versorgungsengpässe aufgekommen. Wir haben hier einige der Aussagen dazu gesammelt. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

■ sehr einverstanden ■ eher einverstanden ■ eher nicht einverstanden ■ überhaupt nicht einverstanden ■ weiss nicht / keine Angabe

Die Laufzeit der heute bestehenden Anlagen muss möglichst maximiert werden, auch wenn dazu Geld vom Bund nötig ist.



Das Volk hat entschieden, dass es keine neue AKW will. Jetzt wieder darüber nachzudenken, missachtet den Volkswillen.



Wenn die Schweiz sicheren und sauberen Strom will, braucht es Technologieoffenheit und dazu gehört auch die nukleare Energie.



Die Diskussion über neue AKW ist nur ein Bremsklotz für den Ausbau der erneuerbaren Energien.



Wenn es mit der erneuerbaren Energie in der Schweiz nicht vorwärts geht, sollten wir wieder ernsthaft über AKWs diskutieren.

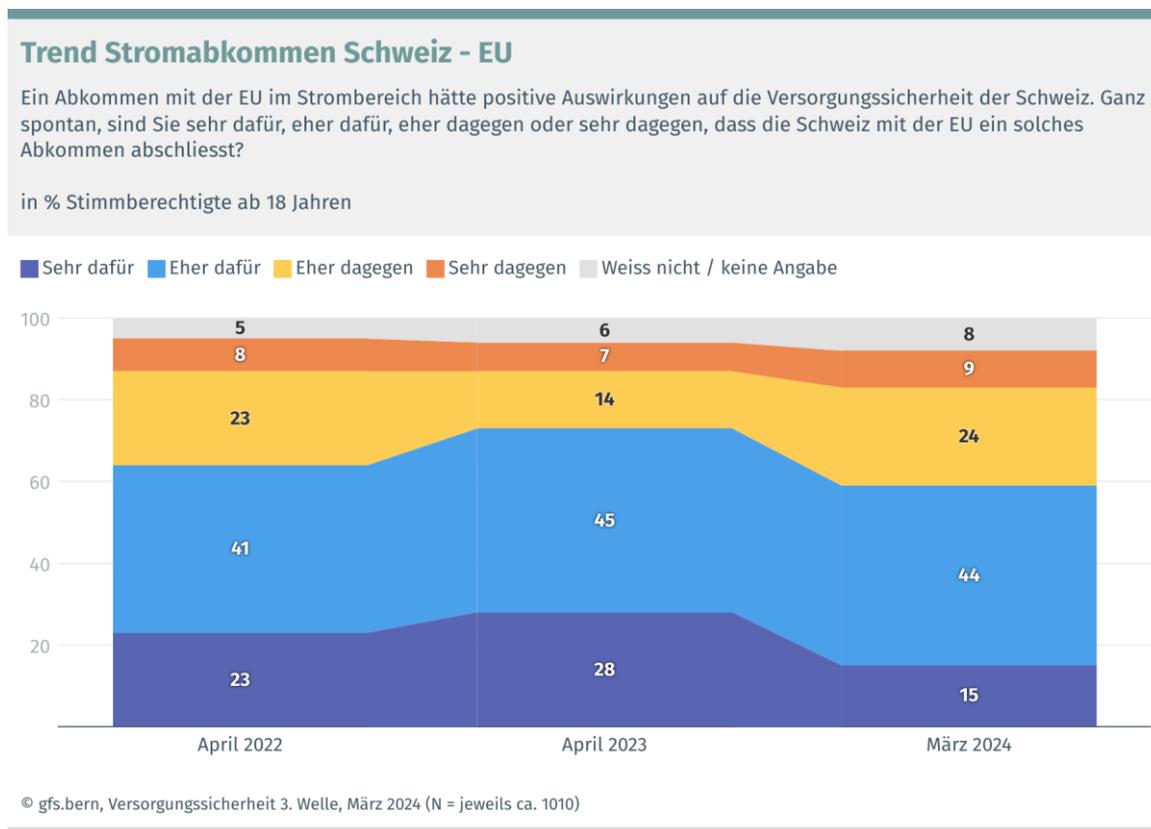


© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N=1004)

1.4 Stromabkommen und Marktöffnung

Nachdem im vergangenen Jahr die Offenheit gegenüber einem Abkommen mit der EU im Strombereich deutlich gestiegen ist, hat sich die Befürwortung eines solchen Abkommens wieder etwas abgekühlt, bleibt aber weiterhin mehrheitlich.

Grafik 28



2024 wären insgesamt 59 Prozent der Stimmberechtigten für ein Stromabkommen mit der EU. Das sind 14 Prozentpunkte weniger als in der Vorjahresbefragung und auch etwas weniger als noch 2022. Auf der anderen Seite ist aktuell ein Drittel gegen ein solches Abkommen (33% sehr/eher dagegen) was knapp dem Höchstwert dieser Befragungsreihe entspricht.

Ein europäisches Stromabkommen wird auch dieses Jahr im links-grünen Lager besonders stark befürwortet. Die Zustimmungswerte sind aber unter den Sympathisant:innen der SP und der GLP gesunken. Aktuell sind die Anhänger:innen der Grünen am zahlreichsten für ein Stromabkommen (83% sehr/eher dafür, -3 Prozentpunkte), gefolgt von denjenigen der SP (78%, -10) und der GLP (77%, -8). Aber auch in den Anhängerschaften der Mitte (72%, -2) und der FDP (72%, +3) findet das Abkommen weiterhin grosse Zustimmung.

Wie bereits in der letzten Befragungswelle findet im Lager der SVP ein Stimmungswandel statt, dieses Jahr allerdings wieder in die Gegenrichtung. War die SVP-Anhängerschaft letztes Jahr gemeinsam mit den anderen Parteien auf der Pro-Seite zu finden, hat sie sich 2024 (wie bereits 2022) alleine in Opposition bewegt (40%, -21). Einzig unter den Parteiungebundenen, die letztes Jahr noch sehr deutlich für ein Stromabkommen

waren, hat sich die Haltung zum Stromabkommen mit der EU noch stärker verändert (40%, -36).

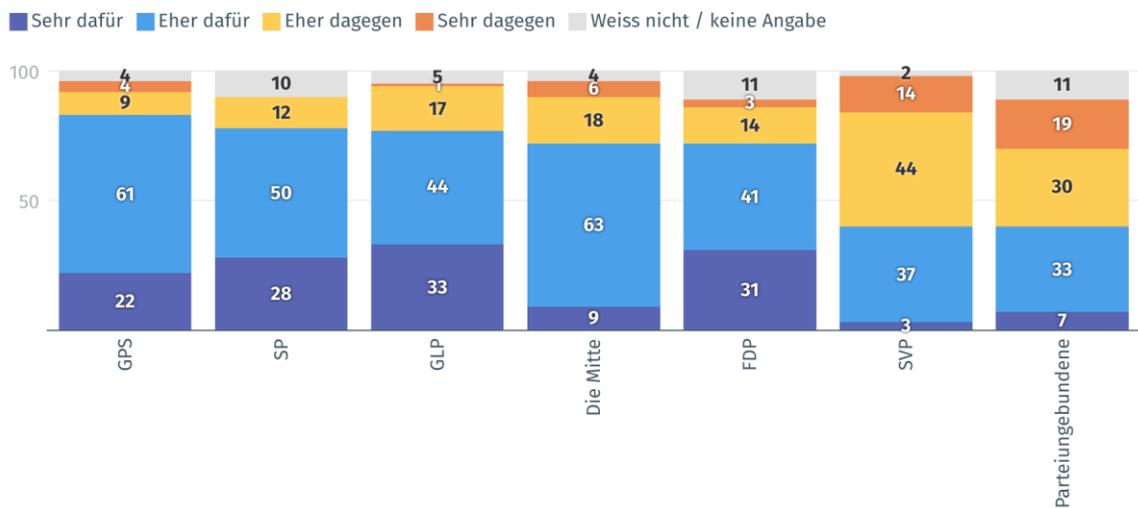
Insgesamt zeigt aber die jährlich erheblich schwankende Entscheidungsabsicht, dass in dieser Frage die Meinungsbildung noch nicht gefestigt ist und stark von der weiteren Diskussion abhängt.

Grafik 29

Stromabkommen Schweiz - EU nach Partei

Ein Abkommen mit der EU im Strombereich hätte positive Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit der Schweiz. Ganz spontan, sind Sie sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen, dass die Schweiz mit der EU ein solches Abkommen abschliesst?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (n=876), sig., Cramér's V = 0.21

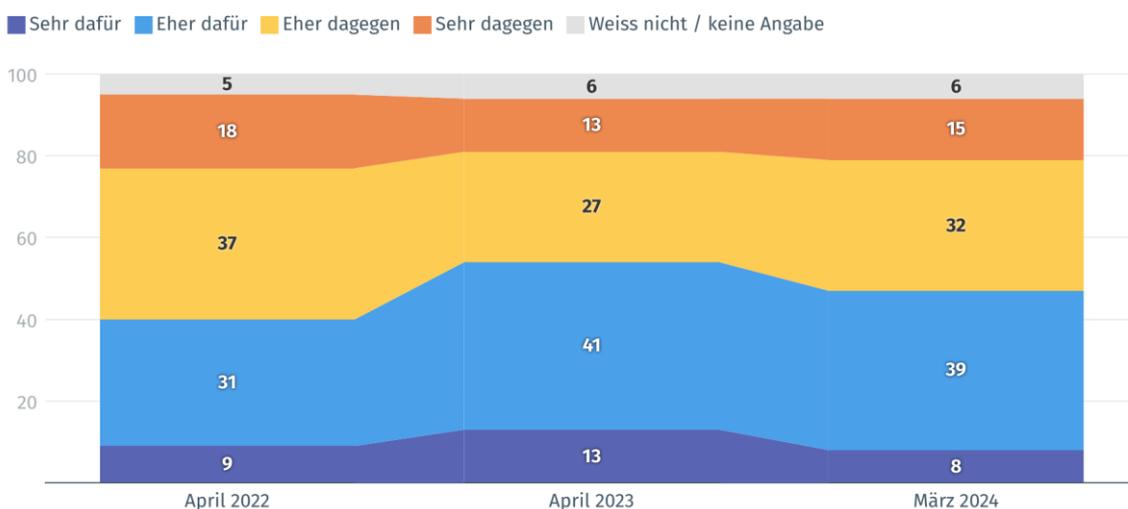
Dies zeigt sich nicht zuletzt bei einem Experiment in der Befragung: Werden im Szenario mit dem Stromabkommen mit der EU zusätzlich einige Zugeständnisse als Bedingungen beigefügt, reduziert sich die Zustimmung sichtbar und ein Abkommen unter diesen Voraussetzungen wird 2024 insbesondere nur noch minderheitlich unterstützt:

Grafik 30

Trend Stromabkommen Schweiz - EU trotz Kompromissen

Und unter der Annahme, dass die Schweiz wegen dem Stromabkommen gegenüber der EU gewisse Zugeständnisse eingehen muss: Sind Sie unter diesen Bedingungen sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen, dass die Schweiz mit der EU ein solches Abkommen abschliesst?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N = jeweils ca. 1010)

Wenn ein europäisches Stromabkommen das Eingehen von Kompromissen mit der EU bedeutet, schrumpft die Befürwortung um 12 Prozentpunkte auf 47 Prozent und liegt somit genau gleich auf mit der Gegenseite (47% sehr/eher dagegen).

Im Szenario mit den (nicht weiter definierten) Bedingungen bleibt die Situation somit in Bewegung: Nachdem 2022 die Mehrheit der Stimmberechtigten ein Abkommen mit Kompromissen abgelehnt hätte, und die Zustimmung in der letzten Befragungswelle mehrheitlich war, halten sich die beiden Lager aktuell exakt die Waage.

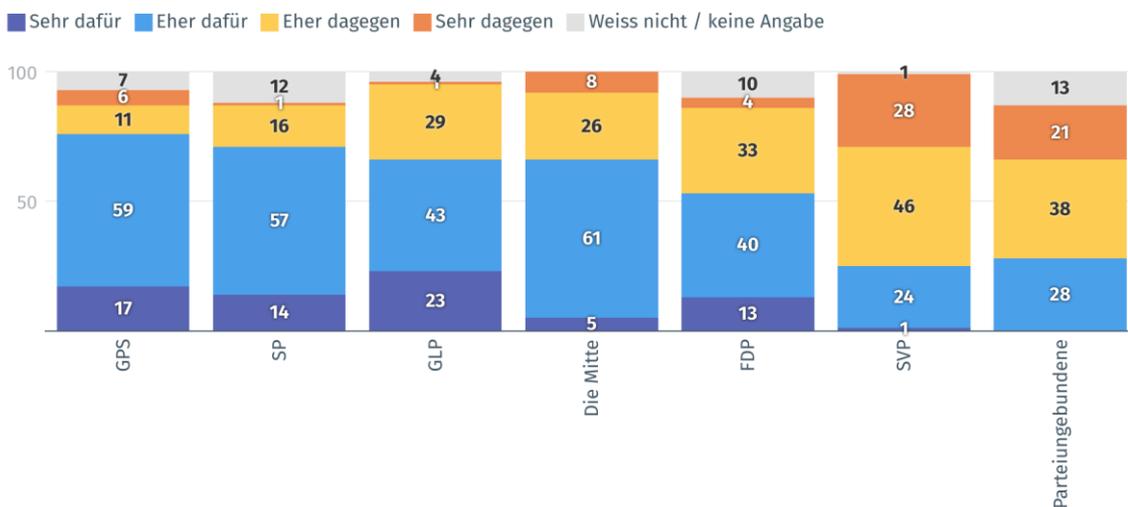
Wird auch die Zustimmung zu einem solchen Abkommen mit Kompromissen nach Parteisympathie aufgeschlüsselt, sinkt die Zustimmung in allen Lagern, bleibt aber im links-grünen Lager und der Mitte klar und unter den Anhänger:innen der FDP knapp mehrheitlich:

Grafik 31

Stromabkommen Schweiz - EU trotz Kompromissen nach Partei

Und unter der Annahme, dass die Schweiz wegen dem Stromabkommen gegenüber der EU gewisse Zugeständnisse eingehen muss: Sind Sie unter diesen Bedingungen sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen, dass die Schweiz mit der EU ein solches Abkommen abschliesst?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (n=876), sig., Cramér's V = 0.25

In den Lagern der Grünen (76%, -7), der SP (71%, -7), der GLP (66%, -11) und der Mitte (66%, -6) bleiben die Zustimmungswerte zum Abkommen auch mit Zugeständnissen klar mehrheitlich. In der FDP bricht die Unterstützung etwas stärker ein (-19), bleibt aber mit 53 Prozent noch mehrheitlich. Auch in den schon ohne Zugeständnissen kritischen Lagern der SVP (25%, -15) und der Parteiungebundenen (28%, -12) sinkt die Unterstützung.

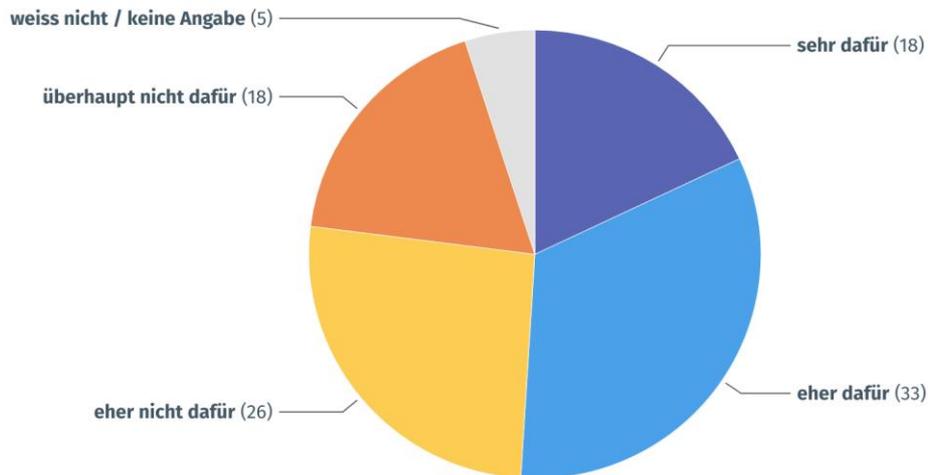
Eine Bedingung für ein Stromabkommen mit der EU wäre eine vollständige Öffnung des Schweizer Strommarktes. Aktuell wäre eine knappe Mehrheit der Schweizer:innen für eine freie Wahl des Stromanbieters für alle Konsument:innen:

Grafik 32

Befürwortung freie Wahl des Stromanbieters

Würden Sie eine freie Wahl des Stromanbieters befürworten?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N=1004)

Etwas mehr als die Hälfte der Stimmbevölkerung befürwortet eine freie Wahl des Strom-anbieters auch für die privaten Haushalte (51% sehr/eher dafür). Mit 44 Prozent gibt es allerdings eine gewichtige Minderheit, die sich dagegen ausspricht. Über die Hälfte der Befragten ist in der Meinung allerdings noch nicht gesichert und ist nur eher für bzw. eher gegen eine Öffnung des Strommarkts (59% eher dafür/eher nicht dafür).

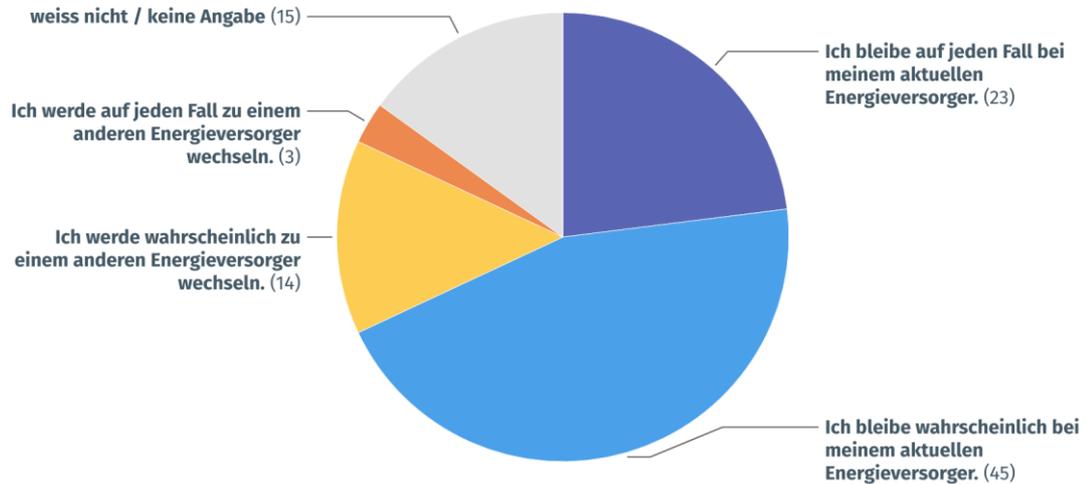
Unter der Annahme den Energieversorger frei wählen zu können, gibt allerdings die klare Mehrheit der Schweizer:innen an, zumindest wahrscheinlich bei ihrem aktuellen Stromanbieter zu bleiben:

Grafik 33

Wechsel Energieversorger bei freier Wahl

Stellen Sie sich vor, Sie könnten den Energieversorger frei wählen. Wie wahrscheinlich werden Sie Kunde bei ihrem aktuellen Stromanbieter bleiben, oder zu einem anderen Unternehmen wechseln?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N=1004)

Insgesamt sagen über zwei Drittel voraussichtlich bei ihre aktuellen Energieversorger zu bleiben (68% bleibe auf jeden Fall/wahrscheinlich). Fast jede vierte dazu befragte Person will sogar auf jeden Fall beim aktuellen Stromanbieter bleiben (23%). Ihnen gegenüber stehen lediglich 17 Prozent, die wahrscheinlich oder auf jeden Fall den Anbieter wechseln wollen.

Die wichtigsten Gründe dafür warum der Stromanbieter nicht gewechselt wird, sind die Zufriedenheit mit dem Service und den Leistungen (47%) sowie die Verbundenheit, die gegenüber dem lokalen Anbieter verspürt wird (40%). Für fast ein Drittel der Personen, die den Anbieter nicht wechseln wollen, sprechen auch der Aufwand und die Komplexität des Wechselprozesses gegen einen Anbieterwechsel (29%). Unterbrechungen in der Versorgung aufgrund eines Wechsel des Stromversorgers spielen nur eine untergeordnete Rolle (8%).

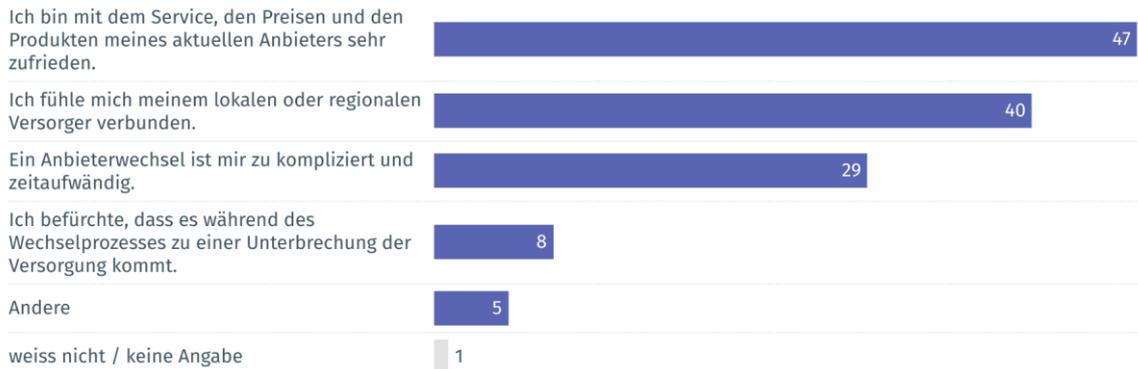
Grafik 34

Begründung kein Wechsel Energieversorger bei freier Wahl

Was sind Ihre wichtigsten Gründe, warum Sie Ihren Energieversorger nicht wechseln würden?

Mehrfachantworten möglich

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, die (wahrscheinlich) nicht den Energieversorger wechseln



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (n=692)

Für die Wechselwilligen ist wenig überraschend der Preis der klar am häufigsten genannte Wechselgrund (71%). Die Wahlfreiheit aus Prinzip (30%) sowie ein anderes Angebot der Dienstleistungen und Produkte des Stromanbieters (23%) sind deutlich weniger wichtig.

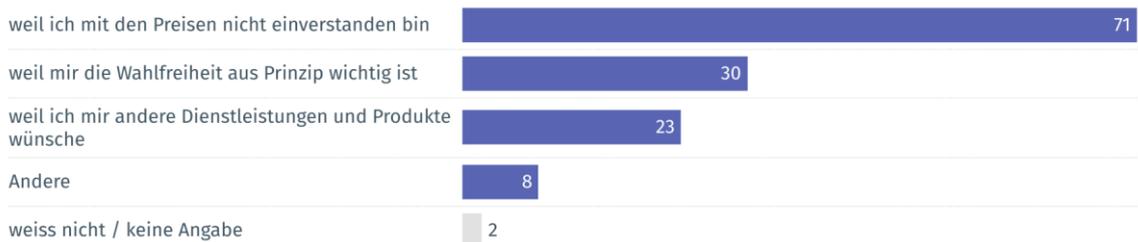
Grafik 35

Begründung Wechsel Energieversorger bei freier Wahl

Was sind Ihre wichtigsten Gründe, warum Sie Ihren Energieversorger wechseln würden?

Mehrfachantworten möglich

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, die (wahrscheinlich) den Energieversorger wechseln



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (n=181)

1.5 Inhaltliche Gruppierung der Stimmberechtigten

Neben einer Sortierung entlang von soziodemografischen Merkmalen oder der Parteiloyalität ist es für ein vertieftes Verständnis der Meinungslandschaft in der Bevölkerung hilfreich, auch auf inhaltliche Gruppierungen zurückzugreifen. Die im Rahmen der Befragung gemachten Aussagen zur Energiepolitik, zum Trilemma der Stromproduktion

und zum Neubau von Atomkraftwerken wurden gesammelt und die Bevölkerung mittels Clusteranalyse in inhaltlich verwandte Gruppen, in sogenannte Cluster, sortiert.

Mit dieser Auswertung konnten vier verschiedene Gruppen gefunden werden, die sich inhaltlich innerhalb der Gruppe stark ähneln, aber sich zwischen den Gruppen stark voneinander unterscheiden. Dabei finden wir die **LÖSUNGSORIENTIERTEN BEFÜRWORDER:INNEN**, die **PRAGMATISCHEN TRADITIONALIST:INNEN** und die **LANDSCHAFTSBEWUSSTE KLIMASCHÜTZER:INNEN**, die allesamt die aktuelle Energiepolitik mehrheitlich befürworten und auf der anderen Seite die **ENERGIEWENDE-SKEPTIKER:INNEN**, welche sich klar gegen den aktuell eingeschlagenen Weg stellen.

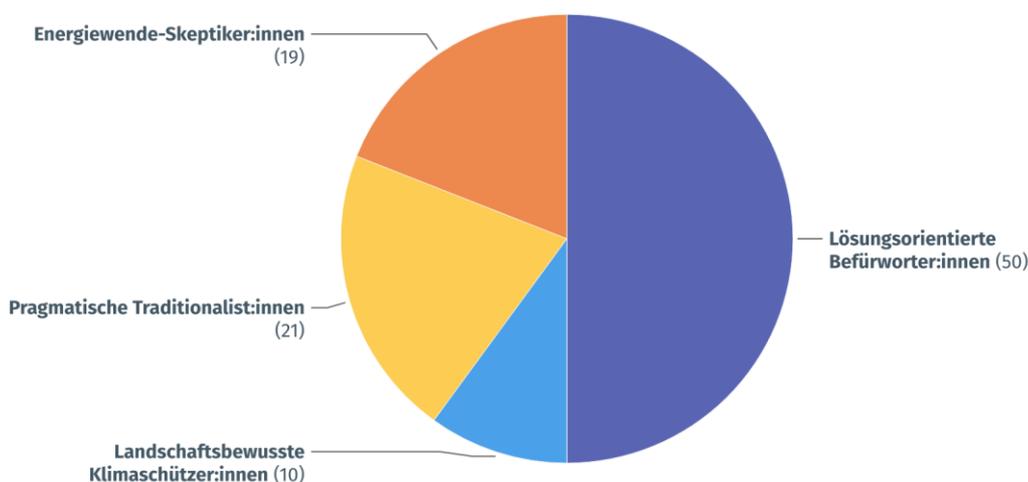
Das erste Cluster der lösungsorientierten Befürworter:innen ist mit 50 Prozent deutlich das grösste, gefolgt von den pragmatischen Traditionalist:innen und Energiewende-Skeptiker:innen mit jeweils rund 20 Prozent. Die landschaftsbewussten Klimaschützer:innen sind mit 10 Prozent die klar kleinste Gruppe in dieser Analyse.

Grafik 36

Clustergrössen

Clusteranalyse Aussagen zur Energiepolitik in der Schweiz

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N=1004)

Eine Clusteranalyse ist ein statistisches Verfahren, das dazu verwendet wird, Datenobjekte in Gruppen (Cluster) zu unterteilen, die intern homogen und extern heterogen sind. Das bedeutet, dass Personen innerhalb eines Clusters ähnliche Merkmale aufweisen, also ähnliche Einstellungen haben, während Personen aus verschiedenen Clustern sich deutlich voneinander unterscheiden.

Die aktuelle Energiepolitik der Schweiz wird insgesamt von drei der vier identifizierten Cluster gestützt. Am höchsten ist dabei die Zustimmung bei den lösungsorientierten Befürworter:innen (71% sehr/eher einverstanden). Aber auch unter den landschaftsbewussten Klimaschützer:innen (63%) und den pragmatischen Traditionalist:innen (57%) steht die Mehrheit hinter der aktuellen Schweizer Energiepolitik. Die Energiewende-Skeptiker:innen lehnen den eingeschlagenen Weg in der Energiepolitik hingegen sehr deutlich ab (20%).

Differenzierter wird das Bild in der Frage nach der zu priorisierenden Aufgabe der Stromversorgung: Für die lösungsorientierten Befürworter:innen stehen die Versorgungssicherheit und die klimaneutrale Energieproduktion gemeinsam an erster Stelle, während der bezahlbare Strompreis eine kleinere Rolle spielt. Die landschaftsbewussten Klimaschützer:innen priorisieren klar die klimaneutrale Energieproduktion. Gerade diese Klimaneutralität steht hingegen aus Sicht der beiden anderen Gruppen überhaupt nicht im Zentrum. Die pragmatischen Traditionalist:innen und die Energiewende-Skeptiker:innen gewichten die Versorgungssicherheit vor dem bezahlbaren Strompreis, wobei aber für letztere der bezahlbare Strompreis nicht weit hinter der Versorgungssicherheit ansteht.

Die Neuauflage der Diskussionen über den Neubau von Atomkraftwerken in der Schweiz teilt die Cluster in zwei Teile: Während dies aus Sicht der lösungsorientierten Befürworter:innen (32% sehr/eher einverstanden) und der landschaftsbewussten Klimaschützer:innen (34%) nicht als Option wahrgenommen wird, sind sowohl die pragmatischen Traditionalist:innen (72%) als auch die Energiewende-Skeptiker:innen (78%) sehr offen für diese Diskussion.

Grafik 37

Aussagen zur Energiepolitik nach Cluster		in % Stimmberechtigte des jeweiligen Clusters			
Variable	Ausprägung	Lösungsorientierte Befürworter:innen (50.1%)	Landschaftsbewusste Klimaschütze:innen (10.4%)	Pragmatische Traditionalist:innen (20.9%)	Energiewende-Skeptiker:innen (18.7%)
Einverständnis Energiepolitik Schweiz	sehr einverstanden	10	15	7	3
	eher einverstanden	61	48	50	17
	eher nicht einverstanden	20	20	26	36
	überhaupt nicht einverstanden	5	18	15	42
Erste Präferenz	Versorgungssicherheit	39	25	48	56
	Bezahlbarer Strompreis	21	23	41	38
	Klimaneutrale Energieproduktion	40	51	11	6
Einverständnis mit Diskussion über Neubau von Atomkraftwerken	sehr einverstanden	11	23	38	48
	eher einverstanden	21	11	34	30
	eher nicht einverstanden	22	19	16	11
	überhaupt nicht einverstanden	42	46	11	8

© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N=1004)

Auch zur Erklärung der Akzeptanz von Standorten für neue Anlagen zur Stromproduktion eignen sich die vier Cluster. So sind mit Solaranlagen sowohl auf bestehender Infrastruktur als auch auf allen geeigneten Dächern und an Fassaden grundsätzlich alle mehrheitlich einverstanden, man sieht aber bereits hier sichtbar tiefere Mehrheiten unter den Energiewende-Skeptiker:innen. Stauseen an Stellen von früheren Gletschern stossen insgesamt auf hohe Akzeptanz ausser bei den landschaftsbewussten

Klimaschützer:innen. Windräder werden hingegen einzig von den Energiewende-Skeptiker:innen abgelehnt, dafür umso deutlicher. Lösungsorientierte Befürworter:innen stehen klar hinter den alpinen Solaranlagen. Diese Anlagen werden aber sowohl von landschaftsbewussten Klimaschützer:innen als auch von den Energiewende-Skeptiker:innen sehr stark abgelehnt. Gaskraftwerke in der eigenen Umgebung haben in der Gesamtbevölkerung einen schweren Stand, aber die pragmatischen Traditionalist:innen wären mehrheitlich hier einverstanden.

Grafik 38

Standort von neuen Anlagen zur Stromproduktion nach Clusterzugehörigkeit

Grund für Diskussionen sind auch immer wieder die Standorte von neuen Anlagen zur Stromproduktion. Sie können nun unterschiedliche Möglichkeiten lesen, wo solche Anlagen stehen können. Geben Sie jeweils an, ob Sie mit einem solchen Standort sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren, Anteil sehr/eher einverstanden

Standorte	Lösungsorientierte Befürworter:innen	Landschaftsbewusste Klimaschütze:innen	Pragmatische Traditionalist:innen	Energiewende-Skeptiker:innen
Grosse Solaranlagen auf bestehender Infrastruktur, wie Autobahnen, Staumauern	97	91	99	85
Solaranlagen auf allen geeigneten Dächer und Fassaden	96	95	90	67
Neuer Stausee, wo früher ein Gletscher war	79	43	66	79
Windräder auf dem Hügel vor dem eigenen Haus, die man vom Balkon aus sieht	81	56	56	12
Grosse Anlage für Solarstrom in den Bergen auf freien Wiesen	70	24	43	16
Gaskraftwerk 10 Kilometer vom eigenen Wohnort entfernt	34	16	54	37

© gfs.bern, Versorgungssicherheit 3. Welle, März 2024 (N=1004)

Die vier Gruppen in der Bevölkerung lassen sich folgendermassen charakterisieren:



LÖSUNGSORIENTIERTE BEFÜRWORDER:INNEN stehen hinter dem eingeschlagenen Weg. So sind sie insbesondere klar einverstanden mit der Energiepolitik und lehnen dazu die Diskussionen über neue Atomkraftwerke in der Schweiz deutlich ab. Sie bekennen sich klar zu erneuerbaren Energieformen und der Energiewende, streben dabei aber dennoch nach einem Gleichgewicht zwischen Klimaneutralität und Versorgungssicherheit. Der Strompreis soll dabei aber weiterhin möglichst bezahlbar bleiben, auch wenn aus ihrer Sicht die Energiewende durchaus etwas kosten darf. Weiter sind sie auch am ehesten bereit zugunsten der inländischen Produktion von erneuerbarer Energie Abstriche beim Umweltschutz zu machen. Konkret sind sie dabei auch offen für Solaranlagen in den Bergen. Ebenfalls befürworten sie als einzige Gruppe mit grosser Mehrheit ein Stromabkommen mit der EU, auch wenn dafür Kompromisse eingegangen werden müssen.

Die **LÖSUNGSORIENTIERTEN BEFÜRWORDER:INNEN** sind das klar grösste Cluster und vereinen rund die Hälfte der Stimmberechtigten auf sich. Verglichen mit der gesamten Stimmbevölkerung sind sie etwas häufiger Frauen und haben häufiger einen hohen formalen Bildungsstand. Die Sprachregionen, Altersgruppen und Siedlungsarten sind ausgeglichen vertreten. Politisch sind in diesem Cluster grundsätzlich alle Parteilager zu finden, wobei aber überdurchschnittlich viele Anhänger:innen der SP vertreten sind.



Für die **LANDSCHAFTSBEWUSSTEN KLIMASCHÜTZER:INNEN** ist die Klimaneutralität die klare Priorität. Dazu stehen sie grundsätzlich hinter der aktuellen Energiepolitik, allerdings mit etwas weniger Überzeugung als die lösungsorientierten Befürworter:innen. Sie wollen konsequent auf die Energiewende setzen und sind insbesondere dafür auch bereit Stromausfälle oder höhere Strompreise in Kauf zu nehmen. Einzig beim Landschaftsschutz existiert aber eine klare Konfliktlinie: Während sie mit Windrädern in der Umgebung einverstanden sind, lehnen sie Solaranlagen in den Bergen ab und sind auch als einzige Gruppe gegen Stauseen an früheren Gletscherstandorten. Eine Neulancierung der Diskussionen über das Bauen von Atomkraftwerken in der Schweiz lehnen sie aber ganz klar ab.

Die **LANDSCHAFTSBEWUSSTEN KLIMASCHÜTZER:INNEN** sind die klar kleinste Gruppe und machen rund zehn Prozent der Stimmbevölkerung aus. Unter ihnen hat es besonders viele Frauen, und sie sind am häufigsten zwischen 40 und 65 Jahre alt. Sie leben sowohl in ländlichen Gebieten wie auch in den Grosstädten, und politisch hat es vergleichsweise viele Personen aus dem Lager der Grünen. Aber gerade aufgrund der Affinität zum Landschaftsschutz hat es vereinzelt auch Personen aus der SVP sowie Stimmberechtigte ohne klare Parteibindung.



Die **PRAGMATISCHEN TRADITIONALIST:INNEN** befürworten zwar die aktuelle Energiepolitik mehrheitlich, haben aber ein zwiespältiges Verhältnis zur Energiewende. So ist sie aus ihrer Sicht zu teuer, und sie darf die Versorgungssicherheit auf keinen Fall gefährden. Aber gerade die Verhinderung von Abhängigkeiten vom Ausland vermag durchaus zu überzeugen. Sie sehen für die Zukunft aber nicht nur Strom aus Erneuerbaren. Sie vermuten, dass diese nicht für den Strombedarf der Schweiz ausreichen und sind konkret auch als einzige mit Gaskraftwerken einverstanden. Im Trilemma der Stromproduktion sehen sie die Versorgungssicherheit an erster Stelle und die klimaneutrale Energieproduktion hat konsequenterweise absolut keine Priorität. Sie sind sehr offen dafür, die Diskussion um neue Atomkraftwerke in der Schweiz wieder zu führen und befürworten konkret auch neue Atomkraftwerke der aktuellen und künftigen Generationen. Gleichzeitig sieht aber die Hälfte der Gruppe trotzdem eine Missachtung des Volkswillens in der AKW-Frage.

Unter den **PRAGMATISCHEN TRADITIONALIST:INNEN** ist der Anteil der mittleren Altersgruppe etwas erhöht. Das Geschlechterverhältnis ist ausgeglichen, und sie leben hauptsächlich in kleinen und mittleren Agglomerationsgemeinden. Politisch sind sie in erster Linie dem bürgerlichen Lager zuzuordnen, wobei die Anhänger:innen der FDP in dieser Gruppe besonders zahlreich sind.



ENERGIEWENDE-SKEPTIKER:INNEN lehnen die aktuelle Energiepolitik der Schweiz sehr deutlich ab, womit sie den eingeschlagenen Weg als einziges Cluster nicht mittragen. Sie legen den Fokus ganz klar auf Versorgungssicherheit und bezahlbaren Strompreis als zweite Priorität. Erneuerbaren Energieformen und der Energiewende als Ganzes stehen sie sehr kritisch gegenüber. Sie halten als einzige nichts von der Verhinderung von Abhängigkeiten von anderen Ländern durch erneuerbare Energien und sind der Meinung die Erneuerbaren reichen nicht um den Strombedarf zu decken und die Energiewende geht zu weit und ist zu teuer. Dass mit der Förderung erneuerbarer Energiequellen Klimaschutz gelebt wird oder gar eine Klimakatastrophe verhindert werden könnte, vermag sie nicht zu überzeugen. Zur Stromproduktion kommen von den Erneuerbaren einzig Solaranlagen auf bestehender Infrastruktur oder auf Dächern und an Fassaden, sowie Stauseen in Frage. Zudem befürworten sie nicht nur eine erneute Diskussion über neue Atomkraftwerke in der Schweiz, sondern sie sind auch offen für Atomkraftwerke der aktuellen und zukünftigen Generation. Mit Gaskraftwerken in der eigenen Umgebung wären sie aber nicht einverstanden.

Unter den **ENERGIEWENDE-SKEPTIKER: INNEN** sind besonders viele Deutschschweizer:innen zu finden. Ausserdem hat es mehr Männer, tendenziell mehr Junge und vor allem wenige Alte. Politisch ist dieses Cluster sehr deutlich der SVP zuzuordnen, mit einigen weiteren Personen aus den anderen bürgerlichen Parteien.

2 Synthese

In Thesenform fassen wir die Erkenntnisse dieser Studie wie folgt zusammen:



Generell steht man auch 2024 hinter der Energiepolitik 2050. Dies zeigt sich anhand des mehrheitlichen Einverständnisses mit der Energiepolitik als Ganzes (57% eher oder sehr einverstanden), aber auch durch die abgefragten Aussagen zur Energie- und Umweltpolitik. Die Förderung erneuerbarer Energieformen ist breit abgestützt, nicht zuletzt um Abhängigkeiten vom Ausland zu verhindern. Dazu gehört eine klare Priorisierung der Produktion im Inland gegenüber Stromimporten. Nach einem weiteren Winter ohne Versorgungslücken bleibt die Versorgungssicherheit zwar weiterhin die erste Priorität, verliert allerdings insgesamt etwas an Dringlichkeit. Das Thema bleibt aber aktuell. Eine knappe Mehrheit macht sich etwas Sorgen um die Versorgungssicherheit der Zukunft mit dem aktuellen Weg. Es erstaunt dabei nicht, dass es die Kreise sind, die sich Sorgen um die Versorgungssicherheit machen, welche auch kritisch auf die Energiepolitik von heute schauen.



Die Befragung zeigt ein klares Bekenntnis zur Förderung erneuerbarer Energieformen und zur Energiewende allgemein. So gelten insbesondere der Ausbau von Solaranlagen auf Infrastrukturen und von Wasserstoff sowie die Förderung der Energieeffizienz und von erneuerbaren Energien in der Schweiz als wichtigste Massnahmen um Strommangellagen zu vermeiden. Von den konkreten Standorten für Anlagen zur Stromproduktion sind Solaranlagen auf bestehender Infrastruktur sowie auf allen geeigneten Dächern und an Fassaden gänzlich unumstritten, und auch mit Stauseen anstelle von früheren Gletschern sind grosse Mehrheiten einverstanden. Gestiegen ist ausserdem die Zustimmung zu Anlagen die direkter in die Natur gebaut werden: So sind die Befragten einverstanden mit Windrädern auf Hügeln, die vom eigenen Balkon aus sichtbar sind, und neu ist auch eine minimale Mehrheit mit grossen Solaranlagen auf freien Wiesen in den Bergen einverstanden. Neben dem Klimaschutz erhofft man sich durch die Energiewende ausserdem auch weniger Abhängigkeit von Energie aus dem Ausland.



Nichtsdestotrotz bleiben die bereits bekannten Konfliktlinien bestehen: Nicht nur Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit müssen gewährleistet sein, auch Anforderungen des Landschaftsschutzes haben mehrheitlich geteilte Berechtigung. Auch wird der Staat dabei in der Verantwortung gesehen. Das kann sich auch auf die Kostenfrage übertragen: Die Klimaneutralität darf durchaus etwas kosten. Beim effektiven Strompreis reagieren die Stimmberechtigten allerdings sensibel. Um die Versorgungssicherheit auf dem Weg zur Klimaneutralität zu gewährleisten soll dabei sowohl auf die Senkung des



Verbrauchs wie auch auf die Steigerung der Produktion Gewicht gelegt werden.

Ob in der Schweiz wieder ernsthaft über den Neubau von Atomkraftwerken gesprochen werden soll, spaltet die Schweizer:innen. Die Einstellungen gegenüber Atomkraftwerken sind gemacht, die Neulancierung dieser Diskussion stösst vor allem im Lager der FDP und der SVP auf grosse Zustimmung. Das Bauen von Atomkraftwerken der heutigen Machart wird mehrheitlich nicht als sinnvoll erachtet, während aber der Bau von Atomkraftwerken der nächsten Generation aktuell eine knappe Mehrheit als sinnvoll zu überzeugen vermag. Dies insbesondere da ein Bau solcher neuen Anlagen neben den Anhänger:innen der rechts-bürgerlichen Parteien auch für Parteungebundene mehrheitlich in Frage kommt. Weniger bestritten ist hingegen, dass die bestehenden Anlagen aber möglichst lange betrieben werden sollen.



Nachdem im vergangenen Jahr die Offenheit gegenüber einem Abkommen mit der EU im Strombereich deutlich gestiegen ist, hat sich die Befürwortung eines solchen Abkommens wieder abgekühlt, bleibt aber weiterhin mehrheitlich. Sobald aber Kompromisse dafür eingegangen werden müssen, besteht keine Mehrheit mehr. Aktuell sind die Stimmberechtigten auch in der Frage nach der vollständigen Strommarktöffnung gespalten. Zurzeit wäre eine kleine Mehrheit der Schweizer:innen für eine freie Wahl des Stromanbieters für alle Konsument:innen, wobei aber die Mehrheit trotz Wahlmöglichkeit beim aktuellen Anbieter bleiben will. Insgesamt ist ein europäisches Stromabkommen ganz generell stark mit der Frage verknüpft, ob man die nächsten Schritte mit der EU machen will oder nicht, unabhängig von diesem spezifischen Abkommen. Deshalb erstaunt es nicht, dass dahinter auch die gleichen parteipolitischen Sympathisant:innen und Gegner:innen stehen.

3 Anhang

3.1 Mandat

Der Verband Schweizer Elektrizitätsunternehmen VSE, vertreten durch Claudia Egli und Dominique Martin, beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern an, die Befragungsserie rund um Energiepolitik und insbesondere der Sicherheit der Energieversorgung im Frühjahr 2024 zum dritten Mal zu wiederholen. Die Bevölkerungserhebung legt dabei grossen Wert auf die Vergleichbarkeit mit den vorgängigen Erhebungswellen und wird entsprechend nur leicht adaptiert:

- Die Analyse soll wie bisher Einblick geben in Grundhaltungen, Einstellungen und Forderungshaltungen der Schweizer Stimmberechtigten rund um Energiepolitik und Versorgungssicherheit. Der Fragebogen soll dabei so aufgebaut werden, dass er den politischen Meinungsbildungsprozess möglichst ideal nachstellt.
- Wie bisher wird auch in der dritten Befragungswelle neben dem Grossteil an unveränderten Fragen ein neues Schwerpunktthema aufgenommen. Gemeinsam mit den Auftraggeber:innen wurden dabei die Themen **ATOMENERGIE** sowie **STROMMARKTÖFFNUNG** als Aktualitätsthemen festgelegt.

3.2 Methodische Details

Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1'004 Stimmberechtigten der Schweiz. Die Befragung wurde zwischen dem 5. und dem 19. März 2024 mittels computerunterstützten Telefoninterviews (CATI) und Onlinebefragungen auf unserem hauseigenen Panel durchgeführt. Befragt wurde anhand eines Random Digit Dialing (RDD)/Dual-Frame-Verfahrens via Festnetz und Handy sowie zufällig eingeladenen Panelist:innen.

Weitere Angaben zu den Methodischen Details sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeber	Verband Schweizer Elektrizitätsunternehmen VSE
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte der Schweiz, die einer der drei Hauptsprachen mächtig sind
Datenerhebung	Mixed-Mode (Online- und Telefonbefragung) <ul style="list-style-type: none"> • Online: Hauseigenes Online-Panel "Polittrends" für Stimmbevölkerung • Telefon: (CATI) mit Random Digit Dialing
Befragungszeitraum	W1: 7. Bis 24. April 2022 W2: 3. Bis 24. April 2023 W3: 5. bis 19. März 2024
Stichprobengrösse	Total Befragte N = 1'004 <ul style="list-style-type: none"> • n DCH: 702 • n FCH: 246 • n ICH: 56 • n Onlinepanel: 296 • n Telefonbefragung: 708
Stichprobenfehler	±3.1 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Gewichtung	Alter/Geschlecht, Sprache, Siedlungsart, Bildung, Partei und RDD Dualframe

©gfs.bern, Studie Versorgungssicherheit Welle 3, April 2024

Der statistische Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen beträgt:

Tabelle 2: Stichprobenfehler

ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'004	±3.1 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern

Zur Korrektur soziodemografischer Verzerrung wurde entlang der Sprachregionen, nach Bildung, nach Alter/Geschlecht sowie nach Siedlungsart gewichtet. Eine inhaltliche Gewichtung erfolgte entlang der Parteaaffinitäten.

Das für die Telefonbefragung verwendete RDD/Dual-Frame-Erhebungsverfahren verlangte zudem eine Basisgewichtung mittels Wahrscheinlichkeiten der technischen Erreichbarkeiten aufgrund der Anzahl Telefonanschlüsse.

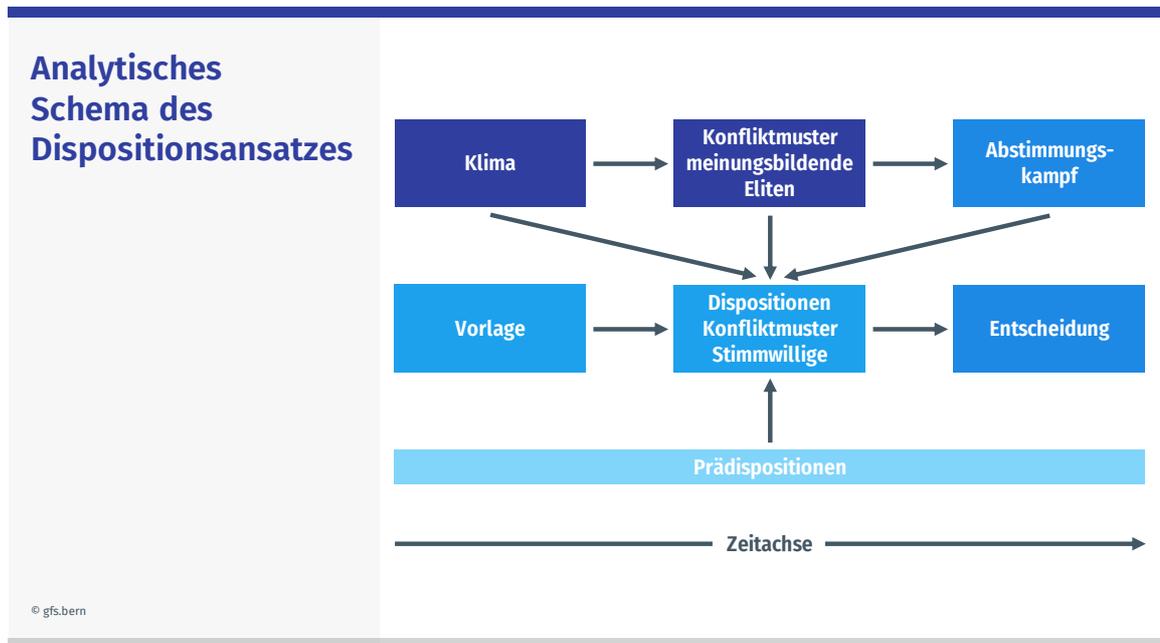
3.3 Forschungsplan

Die Studie orientiert sich am Dispositionsansatz, den gfs.bern speziell für die Analyse der politischen Meinungsbildung von Stimmberechtigten entwickelt hat.

Grundlegend ist die These, dass Ergebnisse von Einstellungen, zum Beispiel Abstimmungen oder Handlungsrelevanz, nicht ein für alle Mal feststehen, sondern in einem gewissen Masse variabel sind. Wie sie ausfallen, ist abhängig von ...

- dem Thema,
- dem Konfliktmuster in der meinungsbildenden Elite,
- einer öffentlichen Diskussion,
- der politischen Kultur und dem politischen Klima,
- den thematischen Prädispositionen und
- den Kampagnenwirkungen.

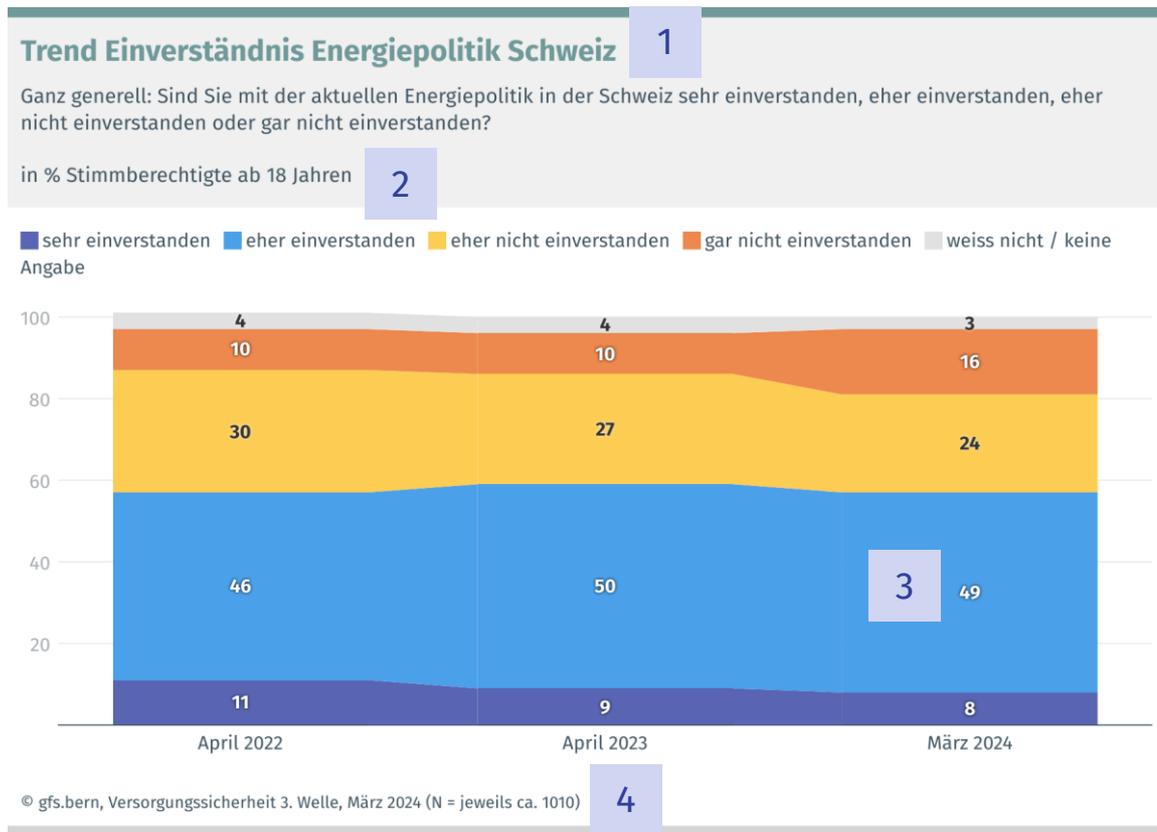
Grafik 39



Wichtige Elemente sind entsprechend dieses Ansatzes nebst der "Entscheidung" also auch "Kampagnen", die "Prädispositionen", das Umfeld bzw. "Klima" sowie die "Vorlage" selbst. Formalisiert werden Entscheidungen oder die Handlungsrelevanz als Funktion von Vorlagen, Kampagnen, Prädispositionen und des Umfeldes gesehen. Entscheidungen und Handlungsrelevanz variieren demnach, wenn sich mindestens eines dieser Elemente ändert. Allerdings können sie sich nicht beliebig entwickeln. So wird die Öffentlichkeitsarbeit durch das Umfeld und die Vorlage mitbestimmt, und Prädispositionen ändern sich in der Regel nur langfristig oder nur als Folge von veränderten Umfeldbedingungen.

3.4 Grafische Aufbereitung

Grafik 40



- 1 Im Titel lässt sich sowohl eine schlagwortartige Zusammenfassung der Frage, als auch der genaue Fragetext ablesen. Der Fragetext selber wird von unseren Interviewenden auf Schweizerdeutsch bzw. Französisch oder Italienisch vorgetragen. Im Titel ist ebenfalls jeweils erkennbar, ob es sich bei der Darstellung um einen Zeitvergleich (Trend) handelt oder nicht.
- 2 Die Referenzgrösse gibt darüber Aufschluss, auf welche Gruppe sich die Auswertung in der Grafik bezieht. In den meisten Fällen sind dies die Stimmberechtigten der Schweiz (wie hier der Fall).
- 3 Die Ergebnisse werden in grafischer Form dargestellt. Je nach angestrebter Aussage visualisieren wir Resultate mittels Kuchen-, Balken-, Säulen-, Flächen- oder Liniengrafiken. Für die Darstellung von Zusammenhängen werden Regressionsgrafiken verwendet. Ausführungen dazu finden sich bei den entsprechenden Grafiken.
- 4 Der Fusszeile entnimmt man sowohl den Zeitraum der Befragung (März 2024) als auch die Anzahl der befragten Personen, die für die Aussage in der entsprechenden Grafik relevant sind (hier 1010, da nicht gefiltert wurde und alle Stimmberechtigten berücksichtigt sind).

3.5 gfs.bern-Team

URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler (lic. rer. soc.), Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent am VMI der Universität Fribourg und an der ZHAW Winterthur

✉ urs.bieri@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, integrierte Kommunikationsanalysen, qualitative Methoden

Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet, aktuelle Publikation: Bieri, U et al. Digitalisierung der Schweizer Demokratie, Technologische Revolution trifft auf traditionelles Meinungsbildungssystem. Vdf 2021.

MARCO BÜRGI

Projektleiter

✉ marco.buergi@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Abstimmungen, Wahlen, Issue Monitoring, politische Einstellungen

SOPHIE SCHÄFER

Junior Data Scientist

✉ sophie.schaefer@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, Recherchen, quantitative und qualitative Methoden

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SWISS INSIGHTS
Corporate Member

gfs.bern 